

2020|2

INDUSTRIEJOURNAL



IHK

Industrie- und Handelskammer
Frankfurt am Main

GRUSSWORT

ZUVERSICHT TROTZ CORONA



Hessen ist eine der innovativsten Regionen in Europa, Unternehmerinnen und Unternehmer mit Zukunftsideen haben gemeinsam mit motivierten und gut ausgebildeten Beschäftigten ein wirtschaftlich sehr erfolgreiches Land geschaffen mit Frankfurt und der Rhein-Main-Region im Zentrum Europas.

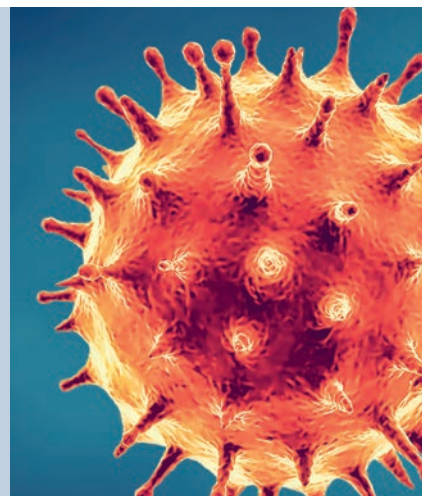
Wir erleben eine Zeitenwende mit enormen Herausforderungen. Zum Strukturwandel in der Industrie, zur Digitalisierung oder dem Umweltschutz ist die Corona-Pandemie hinzugekommen. Sie hat weltweit mit ihren gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen das Leben in einer unglaublichen Geschwindigkeit beeinflusst.

Wir werden diese Krise überwinden, daran arbeitet die Hessische Landesregierung intensiv. Damit sich unser Land auch zukünftig gut entwickelt, damit es den Menschen in Hessen gut geht, damit sie zusammenhalten und sich sicher fühlen, sind große Anstrengungen notwendig. Es geht um die Innovationskraft Hessens, um Arbeitsplätze, um Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Hessen zukunftsfähig weiterzuentwickeln ist eine Herausforderung für alle.

Lassen sie uns weiter gemeinsam mit Zuversicht nach vorne sehen, besonnen bleiben und umsichtig handeln. In Verantwortung für Hessen.

VOLKER BOUFFIER
Hessischer Ministerpräsident

2020|2



3 | VORWORT

3

Grußwort**Zuversicht trotz Corona**

Volker Bouffier

Hessischer Ministerpräsident

6 | INDUSTRIEKONJUNKTUR

6

Industriekonjunktur Frühsommer 2020

12

Chemische Industrie

13

Elektroindustrie

14

Fahrzeugbau

15

Maschinenbau

16

Metallindustrie

17

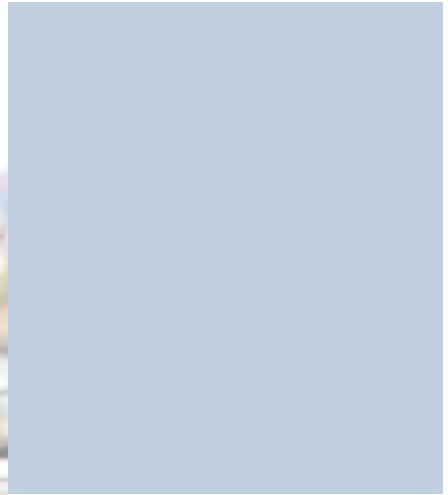
Nahrungs- und Futtermittelindustrie

18

Pharmaindustrie

19

Industriennahe Dienstleister



20
**Konjunkturausblick auf die
kommenden Monate**

25
Die wunderbare Welt nach Corona

26
**Welche Trends die Industrie
verändern werden**
Die Industrie nach COVID-19

30 | INDUSTRIE UND MENSCHEN

Arbeitssicherheit:
Müssen wir uns jetzt alle neu erfinden?

Interview mit Stefanie Kaulich,
Geschäftsführerin Beyer & Kaulich
Unternehmensberatung GmbH

32 | IHK-SERVICES

32
**Die Krise stärkt die Bereitschaft für
Innovationen im Netzwerk Industrie**
Innovationsreport 2020

35
**Strukturelle Probleme angehen
und den Industriestandort stärken**
Industriestandort Hessen

37
Veranstaltungen
Vorschau

38 | ANSPRECHPARTNER

39 | IMPRESSUM

INDUSTRIEKONJUNKTUR FRÜHSOMMER 2020

DIE WELTWIRTSCHAFT
IN ZEITEN VON SARS-CoV-2**ULRICH CASPAR**

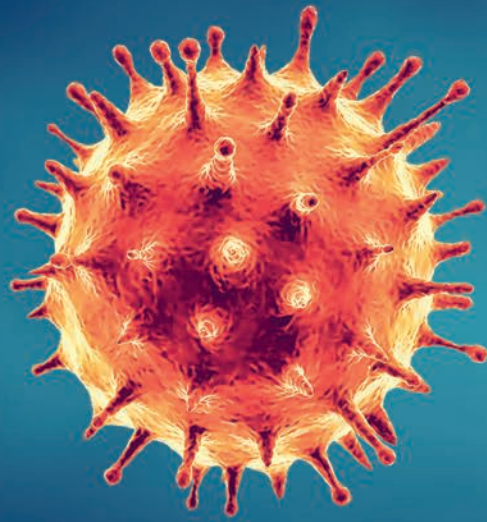
Präsident, Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main

„Die COVID-19-Pandemie hat zum stärksten Einbruch der Weltwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. In ihrer aktuellen Prognose geht der Internationale Währungsfonds (IWF) von einem Rückgang der Weltwirtschaftsleistung für 2020 von 4,9 Prozent aus. Nach diesen Berechnungen wird in Deutschland das reale Bruttoinlandsprodukt um 7,8 Prozent schrumpfen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) prognostiziert sogar einen Rückgang von mindestens neun Prozent. Noch nie seit Beginn der Messung des Geschäftsklimas durch die IHK-Organisation wurde die aktuelle Geschäftslage so negativ bewertet und waren die Zukunftserwartungen so niedrig.

Und dennoch: Jetzt heißt es, nach vorne zu schauen und die aktuelle Krise auch als Chance zu begreifen; zum Beispiel mit der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Die Pandemie hat verdeutlicht, wie anpassungsfähig der Mensch sein kann. Und sie hat gezeigt, wie vorteilhaft marktwirtschaftliche Systeme sind. Schnell wurde der akute Mangel an Mundschutzmasken oder Beatmungsgeräten durch das steigende Angebot am Markt behoben. COVID-19 hat aber auch gezeigt, dass wir stolz sein können auf die Funktionsfähigkeit unseres Gesundheitssystems und die dort arbeitenden Menschen.

Die Kurzarbeit-Regelung erhält den Unternehmen die Beschäftigten, die sie im Aufschwung dringend brauchen werden. Staatliche Konjunkturpakete wirken nur kurzfristig stabilisierend. Für die Gestaltung der Zukunft kommt es jetzt vor allem darauf an, nachhaltige Wachstumsimpulse zu setzen. Dazu gehören die im Konjunkturpaket der Bundesregierung vorgesehenen Ausgaben für den Ausbau der digitalen Infrastruktur genauso, wie langfristige steuerliche Impulse und der Abbau bürokratischer Lasten. Bei allen zukünftigen Maßnahmen müssen wir zwingend auf die Zukunftschancen junger Menschen sowie nachfolgender Generationen achten. Das gilt bei der Aufnahme neuer Schulden ebenso wie für die Organisation der schulischen, beruflichen und universitären Ausbildung.

In dieser Krise hat sich auch gezeigt, welche Auswirkungen es hat, dass politische Strömungen über lange Zeit hinweg insbesondere die Pharma- und Chemiebranche angegriffen haben und ein investitionsfeindliches Umfeld für diese Branchen bewirkt haben. Vieles, was aus diesem Grund nicht mehr bei uns produziert wurde, wie wichtige Wirkstoffe für Medikamente, fehlte uns jetzt zur Sicherheit der gesundheitlichen Versorgung. Jetzt sind unter anderem Chemie-, Pharma- und IT-Branche einschließlich Rechenzentren wichtige Wachstumsbranchen. Dieses Wachstum muss in FrankfurtRheinMain stattfinden können. Die Kommunalpolitik bleibt daher aufgefordert, durch mehr Baulandausweisung für Industrie und Gewerbe und schnelle Genehmigungsverfahren Wachstum hier zu ermöglichen.“



WELTWEIT 5,6 MILLIONEN BESTÄTIGTE INFEKTIONSFÄLLE

Die COVID-19-Pandemie hat die Welt fest im Griff. In nahezu allen Ländern der Welt gibt es bestätigte Infektionen mit dem neuartigen Virus. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses (8. Juli 2020) sind es 11,8 Millionen bestätigte Infektionen. Über 543.000 Menschen sind im Zusammenhang mit COVID-19 verstorben. Ihren Anfang nahm die Pandemie in der Region Hubei in China; betroffen waren zunächst Länder in Süd- und Mitteleuropa sowie Großbritannien und Iran, dann die Vereinigten Staaten, gefolgt von Brasilien. Inzwischen wächst die Zahl der Infizierten auf dem afrikanischen Kontinent rasant an; also in Ländern mit sehr hoher Bevölkerungsdichte und vielfach unzureichender medizinischer Versorgung. Es steht zu befürchten, dass die Zahl der Todesfälle in Verbindung mit COVID-19 daher im Laufe des Jahres nochmals überproportional ansteigen wird. Einen in seiner Verbreitung und Wirkung vergleichbaren Virus hat die Welt zuletzt zwischen 1918 und 1920 mit der „Spanischen Grippe“ erlebt. In einer mit der heutigen nicht vergleichbaren Zeit gegen Ende des Ersten Weltkriegs starben rund 50 Millionen Menschen an dem Influenza-Erreger – bei einer Weltbevölkerung von 1,8 Milliarden.

WELTWEITER LOCKDOWN FÜHRT ZU EINBRUCH DES WELTHANDELS

Die damaligen Erfahrungen haben aber gezeigt, dass sich mit einem Lockdown ein Erreger letztlich besiegen lässt. Es lässt sich zwar diskutieren, ob einzelne Länder – etwa China oder die USA – zu spät reagiert haben oder einzelne Lockerungen jetzt zu früh kommen. Aber der Weg zur Eindämmung der Pandemie ist weltweit sehr ähnlich und mit massiven Einschränkungen der persönlichen Bewegungsfreiheit und damit letztlich auch starken ökonomischen Auswirkungen verbunden. Aus diesem Grund befindet sich die Weltwirtschaft zurzeit in einer tiefen Rezession. Nach Projektionen der Welthandelsorganisation WTO könnte der Welthandel in diesem Jahr im schlimmsten Fall um bis zu einem Drittel einbrechen.

China war das erste Land, das in Folge der COVID-19-Pandemie wirtschaftlich stark beeinträchtigt wurde. Zeitweise befanden sich 5,5 Pro-

zent der chinesischen Bevölkerung in Quarantäne beziehungsweise waren eine halbe Milliarde Menschen weitreichenden Kontaktbeschränkungen unterworfen. In der besonders stark betroffenen Region Hubei kam die Produktion praktisch vollständig zum Erliegen. In den Monaten Januar und Februar lag das Produktionsvolumen in China um 13,5 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Die Exporte gingen – in jeweiligen Preisen – um mehr als 17 Prozent zurück. Inzwischen wurden zahlreiche Beschränkungen zurückgenommen, und die Wirtschaftsaktivität hat wieder Fahrt aufgenommen. Die Wirtschaftsleistung bleibt aber weiterhin deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Die japanische Wirtschaft befand sich bereits im vierten Quartal 2019 in der Rezession. Negativ auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität wirkten sich insbesondere die Anhebung der Mehrwertsteuer zum 1. Oktober sowie die Folgen eines Taifuns im Oktober aus. Japan ist aber weniger stark von der COVID-19-Pandemie betroffen als etwa China oder die USA. Aktuell zeigt sich der Arbeitsmarkt in Japan ausgesprochen robust. Stützend wirkt sich auch ein umfassendes Konjunkturpaket aus. In der zweiten Jahreshälfte 2020 sollten sich auch die Vorbereitungen auf die nun voraussichtlich im Sommer 2021 stattfindenden Olympischen Spiele positiv bemerkbar machen.

In den USA hat die COVID-19-Pandemie im ersten Halbjahr 2020 zu einer starken Beeinträchtigung der Binnennachfrage geführt; allerdings zunächst aufgrund des stark unterschiedlichen Infektionsaufkommens regional in unterschiedlichem Maße. Gesamtwirtschaftlich gingen sowohl der private Konsum als auch die Bruttoanlageinvestitionen deutlich zurück. Mit inzwischen mehr als 130.000 Toten verzeichnen die USA mit Abstand weltweit die meisten Todesopfer im Zusammenhang mit der Pandemie.

Das Bruttoinlandsprodukt der Vereinigten Staaten dürfte 2020 nach aktuellen Prognosen führender Wirtschaftsforschungsinstitute um rund sieben Prozent unter dem Vorjahresniveau liegen. Die negative wirtschaftliche Entwicklung hat bereits zu Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt geführt, denn stabilisierende Instrumente wie ein staatliches

Kurzarbeitergeld gibt es in den USA nicht. Mit Beginn der Pandemie haben sich über 40 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Im April lag die Arbeitslosenquote bei 14,7 Prozent und damit auf dem höchsten Stand seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Zwischenzeitlich sind die Kontaktbeschränkungen in vielen US-Staaten gelockert worden; infolgedessen ist die Arbeitslosenquote auf 11,1 Prozent gesunken. Allerdings dürften die neuerlichen Verschärfungen der Kontaktbeschränkungen aufgrund des starken Anstiegs der Neuinfektionen die Situation auf dem Arbeitsmarkt wieder spürbar verschlechtern. Mit einer deutlichen Belebung der Konsumgüternachfrage in den USA ist kurzfristig nicht zu rechnen.

Für die Unternehmen und den Arbeitsmarkt noch dramatischer als in den USA sind die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in zahlreichen Schwellen- und Entwicklungsländern. Besonders stark von der Pandemie betroffen ist Brasilien; hier sind rund 500.000 Infektionsfälle mit dem Virus nachgewiesen, 30.000 Menschen sind inzwischen verstorben. Die Bekämpfung der Pandemie wird in Brasilien durch politisches Versagen massiv erschwert. So hat Brasiliens Präsident Bolsonaro von Beginn an das Virus nicht ernst genommen und die vermeintliche Hysterie als Teil einer internationalen Verschwörung gesehen. Daran hat sich trotz des starken Anstiegs der Todesfälle nicht viel geändert. Insgesamt hat die politische Instabilität nicht nur in Brasilien, sondern auch in anderen Ländern wie Mexico, Chile oder Peru dazu geführt, dass in Verbindung mit der Pandemie ausländische Investoren in starkem Maße Kapital abgezogen haben. So verlor zum Beispiel der brasilianische Real innerhalb eines Jahres gegenüber dem US-Dollar um 25 Prozent an Wert.

In Indien hat man zunächst sehr spät auf die Pandemie reagiert; dann aber umso massiver, mit verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Am 24. März um 20.00 Uhr verkündete Premierminister Modi der indischen Bevölkerung: „Ein einziger Schritt aus dem Haus kann eine tödliche Pandemie wie Corona ins Haus bringen“. Deshalb werde um Mitternacht ein Lockdown verhängt. Es war einer der härtesten der Welt. Mit dieser Ankündigung des Lockdowns innerhalb von vier Stunden löste der indische Premier zunächst Panik und dann ein humanitäres Drama aus. Millionen von Tagelöhnern mussten kurzfristig die Städte verlassen, zogen zurück aufs Land; viele von ihnen gänzlich ohne Geld für das Allernotwendigste. Allein im April verloren über 120 Millionen Inderinnen und Inder ihre Arbeit. Mit besserer Vorausplanung hätte das Drama vermindert werden können – aber gewiss nicht verhindert. Schließlich arbeiten in einem Land mit mehr als einer Milliarde Einwohnern über 80 Prozent in der Informalität und verfügen über so gut wie keine Vorsorge. Inzwischen hat die Regierung trotz starken Anstiegs der Infektionszahlen den Lockdown weitgehend aufgehoben. Wirtschaftspolitisch gab es dazu keine Alternative, denn ein anhaltender Lockdown hätte voraussichtlich Millionen Menschen in den Hungertod getrieben. Der zu erwartende Anstieg der Corona-Toten ist somit das kleinere Übel.

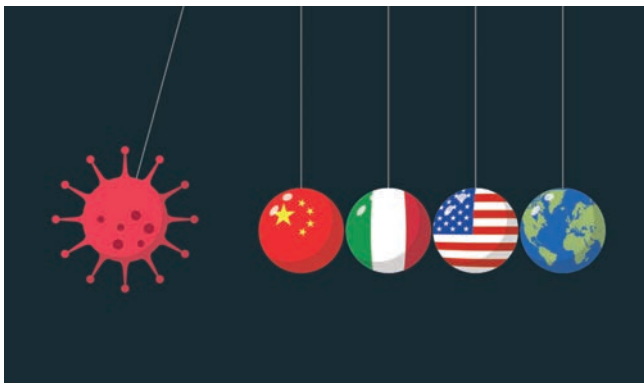
Auf dem afrikanischen Kontinent steht das Schlimmste noch bevor. Die Zahl der Neuinfektionen und Todesfälle durch Corona steigt aktuell rasant an. Aufgrund der geringen Verfügbarkeit von Tests dürften die tatsächlichen Fallzahlen aber weitaus höher als ausgewiesen sein. In einzelnen Städten zum Beispiel Nigerias liegt die Zahl der täglichen Todesfälle um 20 bis 30 Mal höher als im Durchschnitt der letzten Jahre. Zur Eindämmung der Pandemie und der langfristigen Bewältigung der Folgen wird es sehr auf die internationale Solidarität ankommen.

Spätestens am 23. Februar 2020 war die Vorstellung in Europa zu Ende, dass COVID-19 auf Regionen in Ostasien beschränkt bleibt und sich die wirtschaftlichen Auswirkungen lediglich in Form geringerer Handelsaktivitäten und zeitweise gestörter internationaler Lieferketten auf die europäische Wirtschaft bemerkbar machen würden. Erstmals stellte die italienische Regierung einige kleine Städte in Norditalien unter Quarantäne. In kurzer Zeit stieg die Zahl der Infektionen vor allem im Norden des Landes stark an und überforderte vorübergehend das Gesundheitssystem. Neben Italien wurde Spanien von der Pandemie besonders stark getroffen. Sowohl die italienische Wirtschaft als auch die spanische sind wesentlich vom Tourismus und dem Gastgewerbe abhängig. Gerade diese Wirtschaftszweige sind es, die am stärksten die Eindämmungsmaßnahmen zu spüren bekommen. Nach den Prognosen der Europäischen Kommission wird daher der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in Italien und Spanien mit über zehn Prozent besonders stark ausfallen. Jene Länder hatten bereits vor COVID-19 mit einer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit zu kämpfen. In Griechenland und Spanien dürfte sich in diesem Jahr die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt der 20-Prozent-Marke nähern. Sorge bereitet auch wieder die wachsende Staatsverschuldung in den südeuropäischen Volkswirtschaften. 2020 wird in Griechenland die Staatsverschuldung das Doppelte des Bruttoinlandsprodukts betragen und in Italien der Staatsschuldenanteil über 160 Prozent liegen.

In Großbritannien scheint die Verbreitung des Virus zwei Wochen später als auf dem Festland stattgefunden zu haben und die Pandemie traf auf eine Konjunktur, die aufgrund der Unsicherheiten in Folge des Brexit geschwächt war. Zudem ist die britische Wirtschaft durch eine hohe Dienstleistungsintensität geprägt. Daher dürfte die COVID-19-Pandemie Großbritannien besonders hart treffen. Die Europäische Kommission geht in ihrer Prognose vom Sommer für Großbritannien von einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 9,7 Prozent aus. Damit läge der Wachstumseinbruch um 1,4 Prozentpunkte über dem für die EU prognostizierten Wert.

Deutschland ist, gemessen an den Infektions- und Todeszahlen im internationalen Vergleich, bislang vergleichsweise glimpflich durch die Pandemie gekommen. Zum 8. Juli 2020 gab es über 200.000 Infektionen und rund 9.100 Todesfälle im Zusammenhang mit COVID-19. In Hessen

gab es bislang rund 11.000 bestätigte Infektionen und 512 Todesfälle. Bundesregierung und Bundesländer hatten Mitte März umfassende Kontaktbeschränkungen erlassen, die von der Bevölkerung weitgehend befolgt wurden. Als Folge der Kontaktbeschränkungen ging die Konsumgüternachfrage stark zurück; zugleich führte die weltweite Rezession zu einem massiven Einbruch des Exportgeschäfts. Ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte – wie auch in anderen europäischen Ländern – durch die Zahlung des Kurzarbeitergeldes verhindert werden. Bis Ende April hatten bereits über 750.000 Unternehmen in Deutschland Kurzarbeit angemeldet, davon rund 52.000 in Hessen. Bundesweit sind nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit bereits über sieben Millionen Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2009 waren es im Zuge der Finanzkrise lediglich 3,3 Millionen. Damals hatten gerade einmal 162.000 Betriebe Kurzarbeit angemeldet. Am stärksten ist die Gastronomie von Kurzarbeit betroffen (rund 92 Prozent aller Beschäftigten). In der Metall- und Elektroindustrie beträgt der Anteil bundesweit aber auch immerhin 44 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Juni 2020 auf 2,85 Millionen gestiegen. Dies sind 28,7 Prozent mehr als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote liegt inzwischen wieder über sechs Prozent.



COVID-19 hat in Umfang und Ausmaß zum stärksten weltweiten Wirtschaftseinbruch seit 1945 geführt. Zugleich führen aber auch weiterhin noch jene Faktoren, die bereits „vor Corona“ existierten, zu einer deutlichen Abschwächung der weltwirtschaftlichen Aktivität. Die Handelskonflikte sind zwar aus dem Fokus gewichen, aber längst noch nicht gelöst. Zudem sind aus dem ersten Teilabkommen zwischen den USA und China im Februar 2020 starke Handelsumlenkungseffekte zu erwarten. China soll dann stärker seine Importe aus den USA beziehen. Davon besonders betroffen wird neben Russland (Rohöl) und Brasilien (Soja) vor allem Deutschland als Lieferant für Ausrüstungsgüter sein. Belastend wirkt sich nach wie vor die Brexit-Unsicherheit aus. Zwar ist Großbritannien am 31. Januar 2020 tatsächlich aus der Europäischen Union ausgeschieden, wie aber die Regeln nach dem Ablauf der Übergangsfrist Ende des Jahres aussehen werden, ist nach wie vor ungewiss. Ein erfolgreicher Abschluss ist alles andere als sicher, und die Gefahr eines ungeordneten Brexit ist nach wie vor hoch.

WIRTSCHAFTSWACHSTUM 2019 UND 2020 – PROGNOSE DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

REGION	REALES BIP 2019	REALES BIP 2020
Belgien	+1,4	-8,8
Deutschland	+0,6	-6,3
Estland	+4,3	-7,7
Finnland	+1,0	-6,3
Frankreich	+1,3	-10,4
Griechenland	+1,9	-9,0
Irland	+5,5	-8,5
Italien	+0,3	-11,2
Lettland	+2,2	-7,0
Litauen	+3,9	-7,1
Luxemburg	+2,3	-6,2
Malta	+4,4	-6,0
Niederlande	+1,8	-6,8
Österreich	+1,6	-7,1
Portugal	+2,2	-9,8
Slowakei	+2,3	-9,0
Slowenien	+2,4	-7,0
Spanien	+2,0	-10,9
Zypern	+3,2	-7,7
EURO-ZONE	+1,2	-8,7
Bulgarien	+3,4	-7,1
Dänemark	+2,4	-5,2
Kroatien	+2,9	-10,8
Polen	+4,1	-4,6
Rumänien	+4,1	-6,0
Schweden	+1,2	-5,3
Tschechien	+2,6	-7,8
Ungarn	+4,9	-7,0
EU	+1,5	-8,3
Großbritannien	+1,4	-9,7

Quelle: Europäische Kommission: European Economic Forecast – Summer 2020

FRÜHSOMMER 2020

DIE INDUSTRIEKONJUNKTUR IN HESSEN

Im Frühsommer 2020 steht die hessische Industrie weiterhin unter dem Schock der COVID-19-Pandemie. Zwar wurden inzwischen die zunächst massiven Einschränkungen der persönlichen Bewegungsfreiheit weitgehend gelockert; zur Rückkehr zum Normalzustand sind Gesellschaft und Wirtschaft aber noch ein großes Stück entfernt. Um die Wirtschaft zu stützen, hat die Regierungskoalition Anfang Juni ein in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in ihrem finanziellen Umfang bislang einmaliges Konjunkturpaket in Höhe von rund 170 Milliarden Euro verabschiedet.

Die hessische Industrie befand sich bereits zum Ende des letzten Jahres in einer Phase des konjunkturellen Abschwungs. Seit seinem Höchststand im Januar 2018 mit 137 Punkten fiel der IHK-Geschäftsklimaindex bis zum Herbst 2019 kontinuierlich und lag im Oktober mit 95 Punkten auf dem niedrigsten Niveau seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009. Zum Jahresanfang 2020 gab es zunächst Hoffnung auf eine allmähliche Belebung der Industriekonjunktur. Der IHK-Geschäftsklimaindex stieg im Januar wieder leicht um fünf Punkte an; allerdings blieben die Indikatoren für Auftragseingänge und Unternehmenserwartungen im negativen Bereich. Bereits vor der COVID-19-Pandemie war die hessische Industrie an die Grenzen des Wachstums gestoßen. Zur konjunkturellen Abschwächung hatten nicht nur der schwelende Handelskonflikt zwischen den USA und China sowie die Unsicherheiten über den Brexit-Prozess wesentlich beigetragen, sondern auch der zunehmende Mangel an Fachkräften, durch den Erweiterungen der Produktionskapazitäten erheblich erschwert wurden.

Die COVID-19-Pandemie hat nun in kürzester Zeit zu einem massiven Einbruch bei den Aufträgen aus dem In- und Ausland geführt. Der IHK-Auftragseingangsindikator für das Inland liegt mit minus 45 Punkten ebenso weit im negativen Bereich wie der Indikator für das Ausland (minus 52 Punkte). In zahlreichen hessischen Industrieunternehmen wurde die Produktion stark gedrosselt beziehungsweise sogar vorübergehend ganz eingestellt. 57 Prozent der hessischen Industriebetriebe verzeichneten in Folge der COVID-19-Pandemie einen Umsatzrückgang von mehr als zehn Prozent, 23 Prozent von bis zu zehn Prozent. Entsprechend stark sinkt der Indikator für die Geschäftslage. Im Januar lag der IHK-

Geschäftslageindikator trotz schwachen Konjunkturverlaufs noch mit plus elf Punkten im positiven Bereich, inzwischen notiert er bei minus 24 Punkten auf einem historisch niedrigen Niveau.

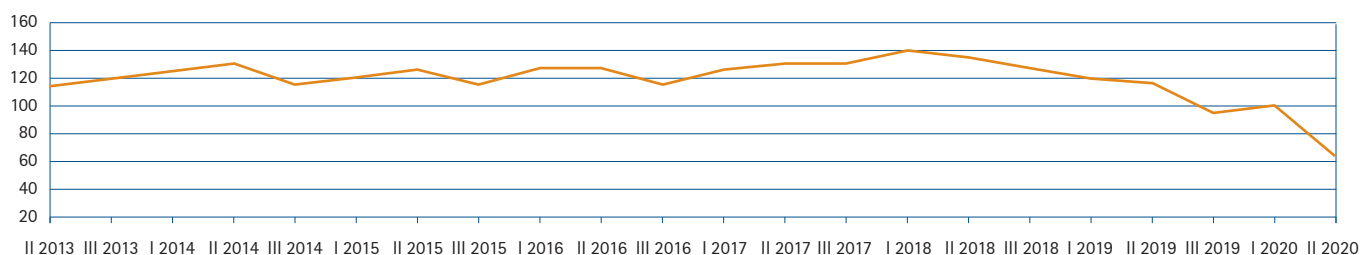
Trotz der zum Zeitpunkt der Umfrage bereits begonnenen allmählichen Lockerungen der Kontaktbeschränkungen erwarten die Unternehmen nicht, dass sich ihre Situation bereits kurzfristig verbessert. 55 Prozent der hessischen Industriebetriebe befürchten, dass sich ihre Situation in den kommenden zwölf Monaten eher noch ungünstiger entwickeln wird. Lediglich zehn Prozent gehen von einer Verbesserung der Geschäftslage aus und 35 Prozent prognostizieren für ihr Unternehmen eine annähernd gleichbleibende Entwicklung. Besonders pessimistisch sehen stark exportorientierte Unternehmen auf die kommenden Monate. Der IHK-Exportindikator liegt mit minus 58 Punkten um 50 Punkte unter dem Niveau zu Jahresbeginn.

Der Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität führt zu einem massiven Rückgang der Investitionstätigkeit. Nur noch rund jedes achte Unternehmen möchte in der aktuellen Situation das Investitionsvolumen ausbauen, hingegen planen 60 Prozent eine Verringerung ihrer Investitionstätigkeit. Bei den Investitionsmotiven steht die Beschaffung des Ersatzbedarfs im Vordergrund. Und dennoch: Mehr als jeder dritte hessische Industriebetrieb plant in den kommenden Monaten Investitionen in Produktinnovationen und fast jeder vierte Betrieb in Kapazitätserweiterungen (Mehrfachnennungen waren möglich).

Die Beschäftigung in der Industrie wird in den kommenden Monaten deutlich zurückgehen. Der IHK-Beschäftigungsindikator liegt mit minus 26 Punkten weit im negativen Bereich. Bereits zum Jahresanfang hatten die Zeichen auf einen Beschäftigungsabbau in der hessischen Industrie hingedeutet. Im Januar planten 28 Prozent der Unternehmen eine Reduzierung der Beschäftigtenzahl; im Frühsommer 2020 liegt der Anteil mit 32 Prozent kaum höher. Vor allem Verträge mit Zeitarbeitskräften und befristete Arbeitsverträge dürften kurzfristig aufgelöst werden.



IHK-GESCHÄFTSKLIMAINDEX* INDUSTRIE



* Der Geschäftsklimaindex (linke Achse) dient als Barometer zur Beurteilung der aktuellen und der zukünftigen Geschäftslage in den Unternehmen. Er setzt sich aus der Lagebeurteilung und den Erwartungen der Unternehmen zusammen. Ein Wert von 100 stellt die Grenze zwischen positiver und negativer Gesamtstimmung dar.

IHK-INDIKATOREN	JAHRESANFANG 2020 (JAN)	FRÜHSOMMER 2020 (MAI)	VERÄNDERUNGEN (+/-)
Auftragseingänge Inland	-21	-45	-24
Auftragseingänge Ausland	-21	-52	-31
Geschäftslage	+11	-24	-35
Geschäftserwartungen	-10	-45	-35
Exportserwartungen	-8	-58	-50
Investitionsvolumen	-8	-48	-40
Beschäftigung	-14	-26	-12

* An der Konjunkturumfrage im Frühsommer haben die IHKs Fulda, Gießen-Friedberg, Kassel und Lahn-Dill nicht teilgenommen. Trotzdem ist die Umfrage für Hessen repräsentativ. Insgesamt haben sich hessenweit 326 Industriebetriebe an der Umfrage beteiligt.

TRENDPROGNOSE FÜR DIE KOMMENDEN SECHS MONATE

PROGNOSE

GESCHÄFTSENTWICKLUNG



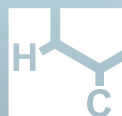
INVESTITIONSVOLUMEN



BESCHÄFTIGUNG



CHEMISCHE INDUSTRIE

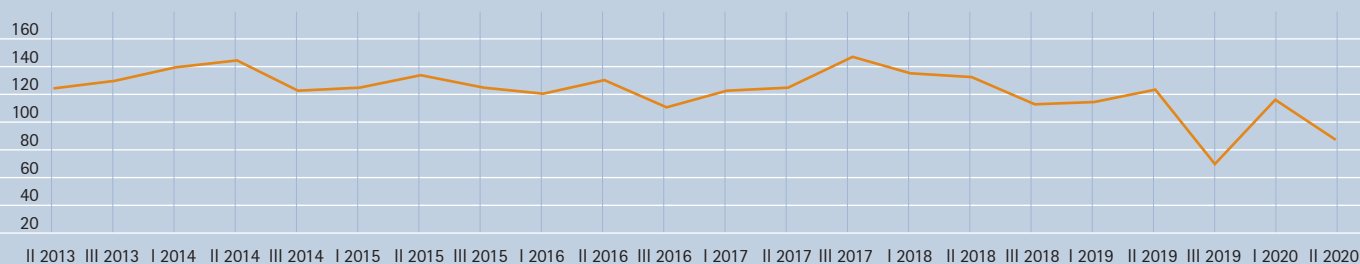


**SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE
MITGLIEDER IM IHK-BEZIRK FRANKFURT AM MAIN**

HESSEN: 26.170
160

IHK-BEZIRK: 6.920

IHK-GESCHÄFTSKLIMAINDEX* CHEMISCHE INDUSTRIE



* Erklärung zum Geschäftsklimaindex siehe Seite 11.

Die chemische Industrie war zunächst sehr robust in das neue Jahr gestartet. Im ersten Quartal stieg die Produktion gegenüber dem Vorquartal deutlich an. Die Chancen standen gut, dass sich 2020 für die chemische Industrie in Hessen besser als das Vorjahr entwickeln würde. Entsprechend stark stieg der IHK-Geschäftsklimaindex um 43 Punkte im Herbst auf 114 Punkte zum Jahresanfang. Durch die COVID-19-Pandemie hat sich dies nun grundlegend geändert. Vor allem die Auftragseingänge aus dem Ausland gingen zum Frühsommer deutlich zurück, während sich das Inlandsgeschäft noch relativ stabil entwickelt. Insgesamt zeigt sich die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage in den Unternehmen der Chemie-Industrie deutlich günstiger als in den meisten anderen Wirtschaftsbranchen. Allerdings haben sich die Erwartungen, insbesondere was das Exportgeschäft angeht, massiv eingetrübt. Die Kapazitätsauslastung der chemischen Industrie sank zum Ende des ersten Quartals 2020 auf noch rund 75 Prozent. Das ist der niedrigste Stand seit der Finanzkrise 2009. Im zweiten Quartal dürfte die Kapazitätsauslastung noch deutlich darunter liegen. Angesichts der hohen Unsicherheit über

die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden Monaten haben die Chemie-Unternehmen ihre Investitionstätigkeit stark zurückgefahren.

IHK-INDIKATOREN	JAN 20	MAI 20	+/-
Auftragseingänge Inland	-6	-13	-7
Auftragseingänge Ausland	-12	-26	-14
Geschäftslage	+17	0	-17
Geschäftserwartungen	+12	-23	-35
Exportserwartungen	+3	-58	-61
Investitionsvolumen	+32	-42	-74
Beschäftigung	-12	-32	-20

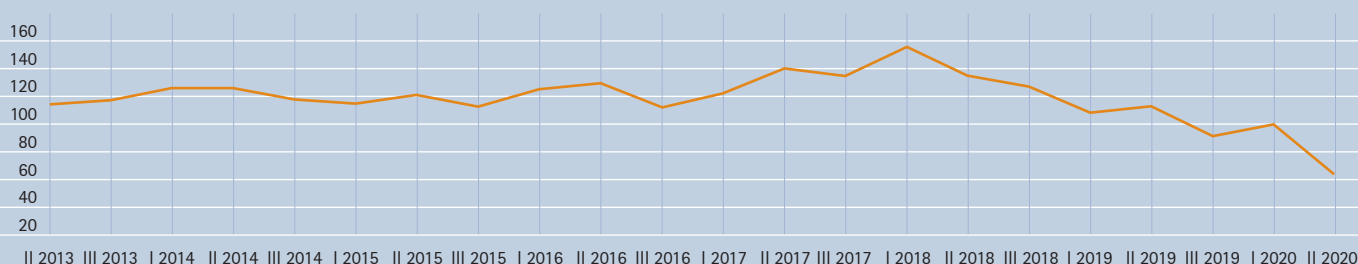
ELEKTROINDUSTRIE

SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE
MITGLIEDER IM IHK-BEZIRK FRANKFURT AM MAIN

HESSEN: 51.647
363

IHK-BEZIRK: 7.560

IHK-GESCHÄFTSKLIMAINDEX* ELEKTROINDUSTRIE



* Erklärung zum Geschäftsklimaindex siehe Seite 11.

Bereits das Jahr 2019 war kein gutes Jahr für die deutsche und hessische Elektroindustrie. Preisbereinigt ging die Produktion um rund 2,5 Prozent zurück; die Umsätze um knapp zwei Prozent. Schwach entwickelte sich vor allem die Binnennachfrage. Die Exportumsätze nahmen hingegen gegenüber dem Vorjahr leicht zu. Vor allem das Exportgeschäft mit den USA florierte und auch die Exportumsätze mit China nahmen weiterhin deutlich zu, wenn auch nicht mehr mit den Wachstumsraten der letzten Jahre. Hingegen brach das Exportgeschäft mit Großbritannien ein – die Exportumsätze sanken 2019 gegenüber dem Vorjahr um über zehn Prozent. 2019 entwickelte sich hingegen das Auslandsgeschäft mit Frankreich und Italien noch positiv, zwei der wichtigsten Handelspartner der hessischen Elektroindustrie. Als Folge der COVID-19-Pandemie ist das Exportgeschäft nahezu zum Erliegen gekommen. Besonders betroffen vom weltweiten Nachfragerückgang sind Gebrauchsgüter wie Elektrohaushaltsgeräte und Unterhaltungselektronik und Vorleistungsgüter (zum Beispiel Halbleiter), insbesondere aber Industriegüter. Auch besondere Wachstumsbranchen wie Automation und Robotik sind von starken

Auftragseinbußen betroffen. Hier wirkt sich vor allem die stark gesunkene Investitionsbereitschaft weltweit negativ auf die hessische Elektroindustrie aus. Der IHK-Beschäftigungsindikator liegt mit minus 22 Punkten deutlich im negativen Bereich, so dass für die kommenden Monate mit einem Beschäftigungsabbau zu rechnen ist.

IHK-INDIKATOREN	JAN 20	MAI 20	+/-
Auftragseingänge Inland	-20	-33	-13
Auftragseingänge Ausland	-8	-36	-28
Geschäftslage	+23	-18	-41
Geschäftserwartungen	-19	-50	-31
Exporterwartungen	0	-38	-38
Investitionsvolumen	-16	-53	-37
Beschäftigung	-6	-22	-16

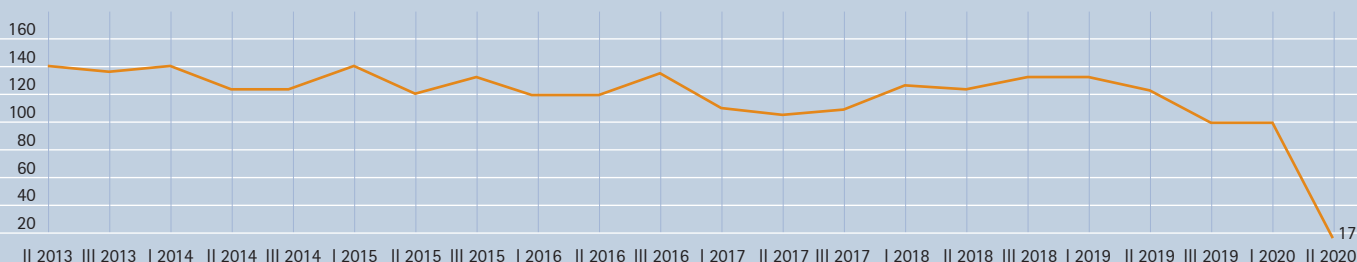
FAHRZEUGBAU

**SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE
MITGLIEDER IM IHK-BEZIRK FRANKFURT AM MAIN**

HESSEN: 71.077
65

IHK-BEZIRK: 8.290

IHK-GESCHÄFTSKLIMAINDEX* FAHRZEUGBAU



* Die Zahl der Unternehmensantworten aus dem Fahrzeugbau liegt unter 30, wodurch die statistische Validität der Ergebnisse eingeschränkt ist. Aufgrund der insgesamt kleinen Grundgesamtheit der Fahrzeugbauunternehmen ist die Stichprobe jedoch repräsentativ, und es lassen sich statistische Aussagen mit vertretbarer Fehlervarianz treffen. Erklärung zum Geschäftsklimaindex siehe Seite 11.

COVID-19 hat einen in der Geschichte der Automobilität beispiellosen Einbruch des weltweiten Automarktes zur Folge. Im weltweit größten Markt China ging der Absatz um 80 Prozent zurück und lag im März um 50 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Auch in der EU gingen die Absatzzahlen um mehr als 50 Prozent zurück. Autohändler in Hessen berichten, dass sie im April rund 80 Prozent weniger Aufträge hatten als sonst üblich. Im Frühjahr werden gewöhnlich die meisten Autos verkauft. Der Nachfrageeinbruch führte dazu, dass in zahlreichen Produktionshallen der Automobilhersteller und der Zulieferbetriebe die Produktion stillstand. Kurzarbeit ist im Fahrzeugbau zurzeit weit verbreitet, auch wenn allmählich die Produktion wieder hochgefahren wird. Angesichts eines IHK-Beschäftigungsindikators von minus 73 Punkten ist jedoch zu befürchten, dass in den kommenden Monaten auch Teile der Stammbeschaft ihren Arbeitsplatz verlieren könnten. Erhöhte Kaufprämien für Elektro- und Hybridfahrzeuge sowie die vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuer in Deutschland können lediglich helfen, den Binnenmarkt kurzfristig zu stabilisieren. Weltweit dürften 2020 die Autoverkäufe

um über 20 Prozent unter dem Vorjahresniveau liegen und aktuell ist unklar, wie schnell die weltwirtschaftliche Erholung erfolgen wird. Hinzu kommt, dass sich die Automobilindustrie in einem tiefgreifenden Strukturwandel befindet. Doch nicht nur die Automobilhersteller stehen vor großen Herausforderungen, sondern auch der Flugzeugbau. Als Folge der Erfahrungen aus der Pandemie spricht viel dafür, dass das Fluggastaufkommen in Zukunft nicht mehr so stark wachsen wird und vermutlich in den entwickelten Industrieländern sogar zurückgehen dürfte.

IHK-INDIKATOREN	JAN 20	MAI 20	+/-
Auftragseingänge Inland	-30	-91	-61
Auftragseingänge Ausland	-56	-100	-44
Geschäftslage	0	-90	-90
Geschäftserwartungen	0	-73	-73
Exportserwartungen	+28	-90	-118
Investitionsvolumen	-10	-91	-81
Beschäftigung	-45	-73	-28

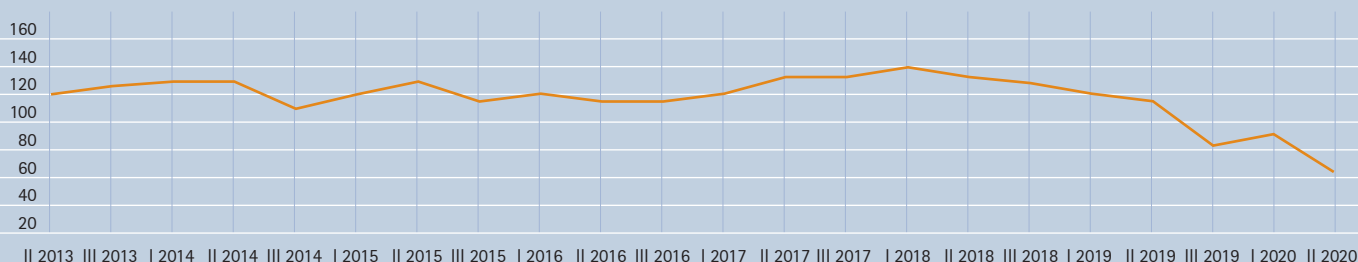
MASCHINENBAU

**SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE
MITGLIEDER IM IHK-BEZIRK FRANKFURT AM MAIN**

HESSEN: 49.435
197

IHK-BEZIRK: 4.382

IHK-GESCHÄFTSKLIMAINDEX* MASCHINENBAU



* Erklärung zum Geschäftsklimaindex siehe Seite 11.

60 Prozent der hessischen Industrieunternehmen planen für die kommenden Monate eine Reduzierung ihres Investitionsvolumens; lediglich zwölf Prozent möchten verstärkt investieren. Die geringe Investitionsbereitschaft in der hessischen Industrie ist repräsentativ für die weltweit vorhandene starke Investitionszurückhaltung. Dies bekommt der hessische Maschinenbau zurzeit besonders stark zu spüren. Neben der Fahrzeugindustrie ist der Maschinenbau die von der COVID-19-Pandemie am stärksten betroffene Industriebranche. Der hessische Maschinenbau bekam die Folgen der Virus-Ausbreitung sehr frühzeitig mit, zunächst durch gestörte Lieferketten. Schließlich beziehen zahlreiche hessische Maschinenbauer Teile aus China oder haben dort selbst eigene Produktionsstätten. Der vollständige Produktionsstillstand als Folge der Pandemie war und ist in Hessen aber die absolute Ausnahme; in den allermeisten Betrieben mussten die Kapazitäten jedoch deutlich heruntergefahren werden. Die Zahl der Maschinenbau-Unternehmen, die Kurzarbeit angemeldet haben, ist drastisch gestiegen. Aufgrund der bereits 2019 gesunkenen Nachfrage aus dem Fahrzeug-Sektor in Folge

der zunehmenden Transformation zur E-Mobilität hatten bereits Ende 2019 einzelne Maschinenbauer damit begonnen, Kurzarbeit anzumelden. Da der hessische Maschinenbau in der Vergangenheit starke Probleme hatte, seinen Fachkräftebedarf decken zu können, ist aktuell nicht mit einem starken Arbeitsplatzabbau im Maschinenbau zu rechnen. Dafür spricht auch der Wert des IHK-Beschäftigungsindikators. Er liegt mit minus 14 Punkten deutlich höher als in anderen Industriebranchen.

IHK-INDIKATOREN	JAN 20	MAI 20	+/-
Auftragseingänge Inland	-32	-60	-28
Auftragseingänge Ausland	-37	-68	-31
Geschäftslage	+6	-33	-39
Geschäftserwartungen	-23	-40	-17
Exporterwartungen	-17	-64	-47
Investitionsvolumen	-14	-51	-37
Beschäftigung	-9	-14	-5

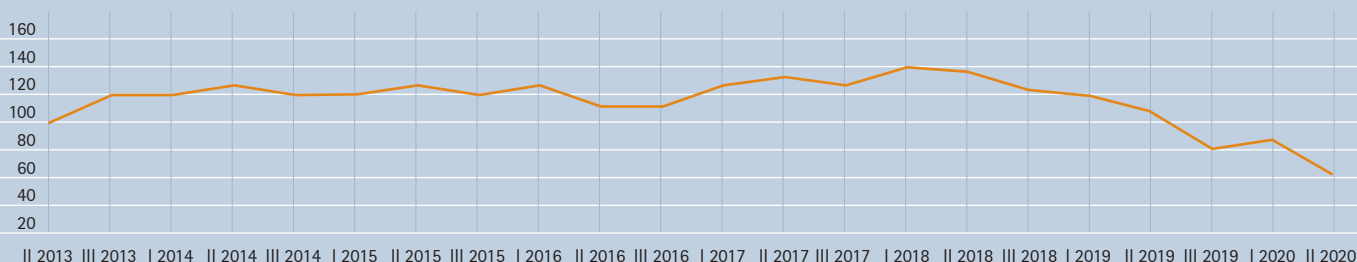
METALLINDUSTRIE

**SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE
MITGLIEDER IM IHK-BEZIRK FRANKFURT AM MAIN**

HESSEN: 65.814
193

IHK-BEZIRK: 3.226

IHK-GESCHÄFTSKLIMAINDEX* METALLINDUSTRIE



* Erklärung zum Geschäftsklimaindex siehe Seite 11.

Die hessische Metallindustrie befand sich bereits zum Ende 2019 in der Rezession. Seit seinem langjährigen Höchststand von 139 Punkten im Frühsommer 2018 fiel der IHK-Geschäftsklimaindex im Herbst 2019 auf 81 Punkte. Eine schwächelnde Weltkonjunktur, schwelende Handelskonflikte und der Strukturwandel in der Automobilindustrie machten der Branche zu schaffen. Daher startete die hessische Metallindustrie mit Sorgen in das Jahr 2020. Zum Jahresanfang waren die Auftragseingänge aus dem In- und Ausland weiter rückläufig; die Geschäftserwartungen entsprechend negativ. Im Januar lag der IHK-Erwartungsindex bei minus 21 Punkten. Bereits vor der COVID-19-Pandemie planten die Unternehmen eine Reduzierung des Investitionsvolumens und einen Beschäftigungsabbau. Dieser Trend hat sich nun infolge der weltweiten tiefen Rezession nochmals erheblich verschärft. Stabilisierend dürfe sich kurzfristig jedoch die infolge der Krise im März in Nordrhein-Westfalen und für Hessen übernommene Pilot-Tarifvereinbarung auswirken.

Für dieses Jahr sind keine Tarifierhöhungen vorgesehen; im Gegenzug erhalten zum Beispiel Beschäftigte mit Kindern unter zwölf Jahren Unterstützung bei der Kinderbetreuung.

IHK-INDIKATOREN	JAN 20	MAI 20	+/-
Auftragseingänge Inland	-39	-54	-15
Auftragseingänge Ausland	-36	-57	-21
Geschäftslage	-6	-20	-14
Geschäftserwartungen	-21	-52	-31
Exporterwartungen	-22	-68	-46
Investitionsvolumen	-24	-38	-14
Beschäftigung	-24	-39	-15

NAHRUNGS- UND FUTTERMITTELINDUSTRIE

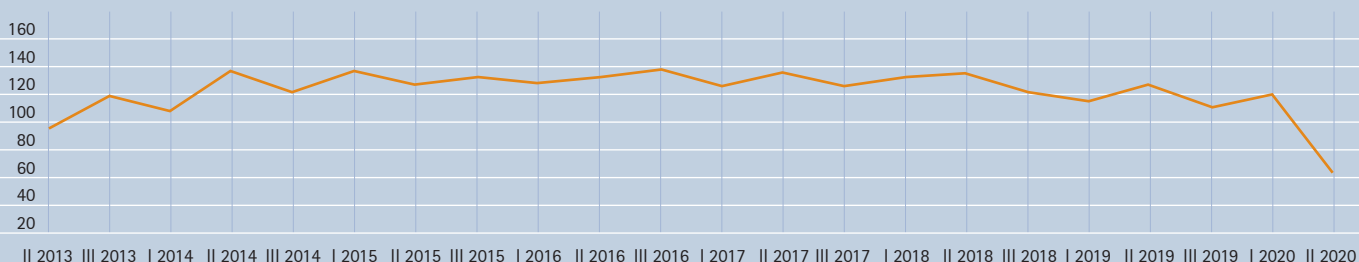


**SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE
MITGLIEDER IM IHK-BEZIRK FRANKFURT AM MAIN**

HESSEN: 44.231
274

IHK-BEZIRK: 6.697

IHK-GESCHÄFTSKLIMAINDEX* NAHRUNGS- UND FUTTERMITTELINDUSTRIE



* Die Zahl der Unternehmensantworten aus der Nahrungs- und Futtermittelindustrie beträgt weniger als 30, wodurch die statistische Validität der Ergebnisse eingeschränkt ist.
Erklärung zum Geschäftsklimaindex siehe Seite 11.

Die Agrarrohstoffkosten gehören zu den größten Kostenfaktoren für die hessische Ernährungsindustrie. Im Zuge der COVID-19-Krise gab der HWWI-Rohstoffindex im April 2020 zunächst leicht nach. Seitdem entwickelt er sich aber wieder nach oben. Gegenwärtig liegen die Agrarrohstoffkosten deutlich über dem Niveau des Vorjahres. Zudem belastet die Branche der Einbruch des Exportgeschäftes. Der IHK-Auftragseingangsindex für das Ausland liegt im Frühsommer 2020 bei minus 50 Punkten. Im März 2020 profitierte die hessische Lebensmittelindustrie kurzfristig von Hamsterkäufen, im Frühsommer hat die Nachfrage jedoch wieder deutlich nachgelassen. Die Auftragseingänge auch aus dem Inland gingen zurück. Negativ wirkt sich aktuell die geringe Nachfrage aus der Gastronomie aus. Diese dürfte zwar im Laufe des Jahres wieder anziehen, aber weiterhin deutlich unter dem Niveau der letzten Jahre bleiben. Auch das Exportgeschäft wird für die kommenden Monate weiter rückläufig sein. Der IHK-Exportindikator liegt mit minus 67 Punkten weit im negativen Bereich.

Im Inland hat sich das Konsumklima stark verschlechtert; dies dürfte sich vor allem auf die Nachfrage nach höherwertigen Lebensmitteln in den kommenden Monaten negativ auswirken. Inwieweit Impulse durch die vorübergehende Absenkung der Mehrwertsteuer ab 1. Juli 2020 ausgehen werden, bleibt abzuwarten. Dies wird auch davon abhängen, inwieweit der Handel die Steuersenkung an den Endkunden weitergibt.

IHK-INDIKATOREN	JAN 20	MAI 20	+/-
Auftragseingänge Inland	+3	-38	-41
Auftragseingänge Ausland	+5	-50	-55
Geschäftslage	+23	-23	-46
Geschäftserwartungen	+19	-46	-65
Exportserwartungen	+50	-67	-117
Investitionsvolumen	+11	-15	-26
Beschäftigung	-16	-15	+1

PHARMAINDUSTRIE

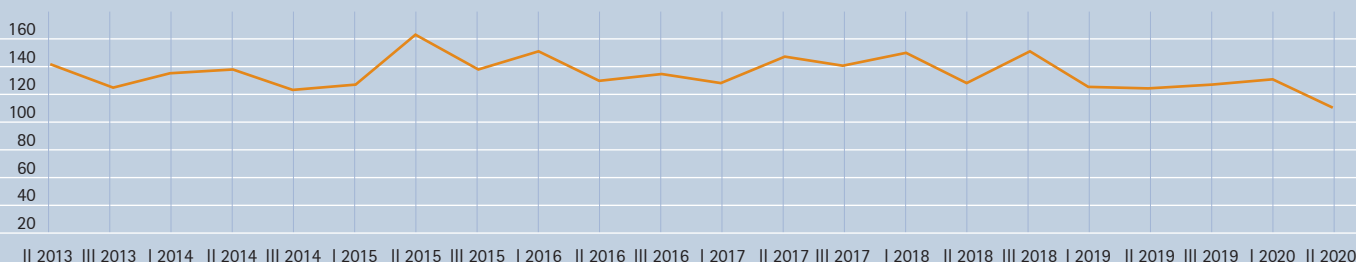


**SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE
MITGLIEDER IM IHK-BEZIRK FRANKFURT AM MAIN**

HESSEN: 36.068
64

IHK-BEZIRK: 12.019

IHK-GESCHÄFTSKLIMAINDEX* PHARMAINDUSTRIE



* Die Zahl der Unternehmensantworten aus der Pharmaindustrie beträgt weniger als 30, wodurch die statistische Validität der Ergebnisse eingeschränkt ist. Aufgrund der insgesamt kleinen Grundgesamtheit der Pharmaunternehmen ist die Stichprobe jedoch repräsentativ, und es lassen sich statistische Aussagen mit vertretbarer Fehlervarianz treffen. Erklärung zum Geschäftsklimaindex siehe Seite 11.

Im Vergleich zu den anderen Industriebranchen ist die Stimmung in der hessischen Pharmaindustrie ausgesprochen gut. Der IHK-Geschäftsklimaindex bleibt – trotz deutlichen Rückgangs – mit 110 Punkten über der 100-Punkte-Marke. In den ersten beiden Monaten des Jahres hatte sich das Geschäft belebt; die Produktion stieg gegenüber dem Vorquartal. Besonders positiv entwickelte sich das Inlandsgeschäft. Dieses stützt gegenwärtig die Pharmakonjunktur, während beim Exportgeschäft Auftragsrückgänge zu verzeichnen sind. In längerfristiger Perspektive könnten sich die Erfahrungen mit der COVID-19-Pandemie positiv auf den hessischen Produktionsstandort auswirken. Die meisten der weltweit verkauften Medikamente werden in China und Indien produziert, auch wenn diese Länder bislang über keine eigenständige Pharmaindustrie verfügen (China befindet sich hier gerade in einem Wandel). Die Versorgungsengpässe in der Medikamentenversorgung haben gezeigt, wie abhängig der Pharmamarkt inzwischen vom asiatischen Markt ist. Es spricht daher viel dafür, dass zukünftig Teile des Marktes für Generika wieder stärker nach Deutschland und das EU-Ausland zurückgeholt werden.

Hierfür müssen jedoch die politischen Weichenstellungen gesetzt werden, denn allein unter dem Aspekt der Produktionskosten gibt es derzeit keine Alternative zu den Produktionsstandorten China und Indien.

IHK-INDIKATOREN	JAN 20	MAI 20	+/-
Auftragseingänge Inland	+20	+8	-12
Auftragseingänge Ausland	+20	-15	-35
Geschäftslage	+40	+31	-9
Geschäftserwartungen	+20	-8	-28
Exporterwartungen	+29	-23	-52
Investitionsvolumen	+4	-31	-35
Beschäftigung	-4	+15	+19

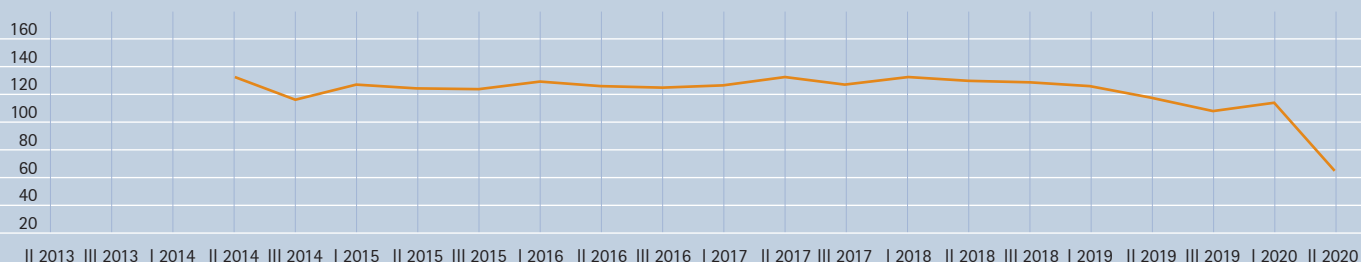
INDUSTRIENAHE DIENSTLEISTER

**SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE
MITGLIEDER IM IHK-BEZIRK FRANKFURT AM MAIN**

HESSEN: 541.271
38.649

IHK-BEZIRK: 216.548

IHK-GESCHÄFTSKLIMAINDEX* INDUSTRIENAHE DIENSTLEISTER



* Erklärung zum Geschäftsklimaindex siehe Seite 11.

In den letzten zehn Jahren befanden sich die industrienahen Dienstleister in einer Phase des kontinuierlichen Aufschwungs. In Hessen und der Metropolregion FrankfurtRheinMain waren sie der Motor, der für den Beschäftigungsanstieg in der Vergangenheit sorgte. Durch die COVID-19-Pandemie ist diese Aufschwungphase jäh abgebrochen. Es gibt noch einzelne Bereiche, vor allem im IT-Sektor, die über eine sehr gute Auftragslage verfügen. In vielen Beratungsgesellschaften, im Großhandel für Industriegüter oder im Verkehrssektor hat sich die Auftragsituation stark verschlechtert. Der IHK-Geschäftsklimaindex für industrienahen Dienstleister fällt gegenüber dem Jahresanfang drastisch auf 67 Punkte und liegt damit auf einem vergleichbaren niedrigen Niveau wie im verarbeitenden Gewerbe. Zahlreichen – insbesondere kleinen – Dienstleistungsunternehmen droht durch den Einbruch von Aufträgen aus der Industrie die Insolvenz. Die Beurteilung der Geschäftslage hat sich dramatisch verschlechtert. Inzwischen beurteilen 42 Prozent der Dienstleister ihre Geschäftslage als „schlecht“, lediglich 19 Prozent als „gut“ und 39 Prozent noch als „befriedigend“.

Für die kommenden Monate erwarten die industrienahen Dienstleister keine Belebung. Der IHK-Erwartungsindikator liegt mit minus 41 Punkten weit im negativen Bereich. Zudem ist erstmals seit Jahren mit einem Beschäftigungsabbau im industrienahen Dienstleistungssektor zu rechnen. 27 Prozent der Betriebe planen einen Stellenabbau in den kommenden zwölf Monaten, lediglich elf Prozent möchten weiterhin neue Stellen schaffen.

IHK-INDIKATOREN	JAN 20	MAI 20	+/-
Geschäftslage	+27	-23	-50
Geschäftserwartungen	0	-41	-41
Investitionsvolumen	-3	-39	-36
Beschäftigung	+8	-16	-24

INDUSTRIEKONJUNKTUR FRÜHSOMMER 2020

KONJUNKTURAUSBLICK
AUF DIE KOMMENDEN MONATE

KURZFRISTIG KEIN AUFSCHWUNG ZU ERWARTEN

In zahlreichen Industrienationen ist die Zahl der Neuinfektionen deutlich zurückgegangen und daraufhin wurden die Kontaktbeschränkungen erheblich gelockert. Gleichzeitig erleben wir zum Zeitpunkt der Drucklegung in Lateinamerika, Afrika und Zentralasien einen drastischen Anstieg der Neuinfektionen und Todesfälle. Ein Impfstoff ist frühestens im kommenden Jahr zu erwarten. Mit dem entzündungshemmenden Medikament Dexamethason scheint jedoch inzwischen ein Medikament zur Verfügung zu stehen, welches das Sterblichkeitsrisiko zumindest vermindert. Zahlreiche Epidemiologen sehen es als wahrscheinlich an, dass es auch in Europa zu einer zweiten Ansteckungswelle kommen wird. Die Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung hängen entscheidend davon ab, inwieweit es gelingt, neue Ansteckungsherde lokal zu begrenzen und Kontakte mit Infizierten umfassend nachzuvollziehen. Hier erhoffen sich die zuständigen Behörden auch Unterstützung durch die verschiedenen nationalen Corona-Warn-Apps, die es gilt, untereinander zu vernetzen.

Die aktuellen Umfragewerte der IHK-Organisation machen wenig Hoffnung auf einen deutlichen konjunkturellen Aufschwung in den kommenden Monaten. Aufgrund der tiefen konjunkturellen Zäsur weltweit ist auch unter der Annahme eines sehr günstigen weiteren Verlaufs der Pandemie tatsächlich unwahrscheinlich, dass es bereits kurzfristig wieder zu einer kräftigen Belebung kommen wird. Viel spricht dafür, dass der Tiefpunkt bereits erreicht wurde, die Investitions- und Konsumbereitschaft wird aber in den kommenden Monaten sehr verhalten bleiben. Ein nachhaltiger Aufschwung ist erst dann zu erwarten, wenn wieder die Zuversicht und das Vertrauen die Oberhand gewinnen. Viel wird also davon abhängen, wie die medizinischen Fortschritte bei der Behandlung der Erkrankung kurzfristig ausfallen.

KONJUNKTURPAKET STÜTZT DIE WIRTSCHAFT

Zahlreiche Länder haben mit Konjunkturpaketen und einer deutlichen Erhöhung der Staatsausgaben auf die Krise reagiert. So auch die Bundesregierung, die – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – das bislang größte Konjunkturpaket aufgelegt hat. Dieses wird in den kommenden Jahren den deutschen Staatshaushalt mit rund 170 Milliarden Euro belasten. Zweifellos enthält das „Corona-Paket“ viele wichtige Impulse zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie, wie DIHK-Präsident Eric Schweitzer nach Bekanntgabe der Maßnahmen äußerte. Gut sei dabei vor allem, „dass es bei zentralen Instrumenten einen branchenübergreifenden Ansatz geben soll“, so Schweitzer. Die Ausweitung des Verlustvortrags und die zusätzlichen Überbrückungshilfen verbessern die Liquidität in der Breite der Wirtschaft. Positive Investitionsanreize gehen zudem von der degressiven Abschreibung und der ausgeweiteten Forschungsförderung aus. „Die Bewältigung der Corona-Pandemie wird uns eher Jahre als Monate beschäftigen“, gibt der DIHK-Präsident zu bedenken. „In einem ersten Schritt müssen die Liquiditätshilfen jetzt schnellstmöglich bei den besonders betroffenen Unternehmen ankommen. Wir müssen hier kurzfristig eine Pleitewelle und damit verbundene Beschäftigungsverluste vermeiden“, so Schweitzer. Denn nur dann entstehe Zuversicht und dann könnten die Konjunkturanreize tatsächlich auch ihre positive Wirkung entfalten.



**GREGOR DISSON** | Geschäftsführer

Verband der Chemischen Industrie e. V. | Landesverband Hessen

„Auch die Chemie- und Pharmabranche als größter Industriearbeitgeber in Hessen hat mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie zu kämpfen. Zugleich zeigt sich jedoch, wie systemrelevant die Branche ist. Denn unsere Unternehmen produzieren lebensnotwendige Desinfektionsmittel, Arzneimittel und Medizinprodukte. Hessen ist die Nr. 1 der Gesundheitsindustrie in Deutschland. In keinem anderen Bundesland ist der Anteil der Gesundheitsindustrie am Gesamtumsatz der Branche so hoch.

Wir sind zudem Zulieferer für wichtige Säulen der deutschen Wirtschaft wie der Automobil-, Maschinenbau- und Elektroindustrie. In einigen dieser Bereiche erfährt die Branche derzeit starke Auftragsrückgänge und gestörte Lieferketten. Besonders exportorientierte kleine und mittelständische Unternehmen trifft die Krise ins Mark. Die Unternehmen werden die Corona-Folgen in den kommenden Monaten stark spüren. 75 Prozent der VCI-Mitglieder erwarten einen Umsatzrückgang in Europa. Deshalb ist das sehr kurzfristig erstellte Konjunktur- und Wachstumsprogramm der Bundesregierung grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings müssen wir jetzt schon im Auge behalten, dass die aufgenommenen Schulden in der Zukunft wieder zurückbezahlt werden müssen. Das kann nur mit einer wiedererstarkten Wirtschaft gelingen.

Neue Belastungen sind zu vermeiden und alte Hemmnisse abzubauen. Wir brauchen eine echte Nachhaltigkeitsstrategie und keine Projekte, die sich allein an der ökologischen Komponente orientieren. Bürokratieentlastungen wären ein kostenloses Konjunkturprogramm. Steuerliche Entlastungen wären aus Sicht des Mittelstandes und der großen Unternehmen dringend geboten. Den Spitzenplatz im internationalen Vergleich bei den Unternehmenssteuern würden wir gerne abgeben. Wenn es zusätzlich gelänge, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, Energiekosten zu senken, die Digitalisierung voranzutreiben und Innovationen noch stärker zu fördern, kann der Aufschwung gelingen. Mittel- und langfristig könnte die gegenwärtige Krise den heimischen Standort sogar stärken, wenn wir beispielsweise bessere Vorkehrungen zur Sicherung der Versorgung mit lebenswichtigen Arzneimitteln, Impfstoffen und Medizinprodukten treffen. Wir erarbeiten gemeinsam mit der Landesregierung, der Industriegewerkschaft IG BCE und den hessischen Hochschulen im Rahmen der Initiative Gesundheitsindustrie Hessen dazu Vorschläge.“

SENKUNG DER MEHRWERTSTEUER FÜHRT ZUNÄCHST ZU ADMINISTRATIVEN LASTEN

Inwieweit die kurzfristige und kurzzeitige Senkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 16 Prozent beziehungsweise von sieben auf fünf Prozent ab 1. Juli 2020 tatsächlich die erhoffte Wirkung entfalten wird, bleibt abzuwarten. Die Bundesregierung erhofft sich einen Konjunkturimpuls in Höhe von 20 Milliarden Euro. Für den Juni hat diese Maßnahme jedoch zunächst zu einem starken Rückgang der Nachfrage nach langfristigen Konsumgütern geführt. Außerdem ist zum Zeitpunkt der Drucklegung noch offen, in welchem Umfang die Steuersatzsenkungen auch tatsächlich zu niedrigeren Preisen führen und somit Kaufanreize bieten, zumal aus Unternehmenssicht die Steuersenkung zu Mehrkosten führt. Schließlich verursacht die Steuersatzsenkung für gerade einmal sechs Monate erhebliche administrative Lasten in den Unternehmen: Neue Preisauszeichnungen in Verkaufsräumen, Katalogen, Online-Shops sind notwendig, neue Preislisten müssen erstellt werden, Kassen neu programmiert oder Verträge mit Einzugsermächtigungen umgestellt werden. Um zum 1. Januar 2021 dann das Gleiche noch einmal zu vollziehen. Vor allem für kleine Unternehmen ist dies eine Herausforderung.





DR. JÖRG FRIEDRICH | Geschäftsführer | VDMA Mitte e. V.

„Bereits 2019 verlief die Geschäftsentwicklung im Maschinen- und Anlagenbau nicht zufriedenstellend. Schwelende Handelskonflikte, die Unsicherheit in Bezug auf den Brexit und die Nachfrageschwäche aus der Automobilindustrie: Alle diese Faktoren haben die Branche belastet. Mit dem Beginn der Corona-Pandemie in China wurden dann zu Beginn des Jahres 2020 die bestehenden Lieferketten massiv gestört; mit der weiteren Ausbreitung des Virus kam es aufgrund der drastisch gesunkenen Investitionsbereitschaft der Unternehmen weltweit schließlich zu einem massiven Nachfragerückgang.“

Unsere Mitgliedsunternehmen sind überwiegend mittelständisch geprägt; die durchschnittliche Mitarbeiterzahl beträgt 170 Personen. Gleichzeitig sind sie aber auch sehr international ausgerichtet. Die Exportquote liegt bei rund 80 Prozent. Daher sind diese Unternehmen auch in besonderer Weise von der aktuellen Weltwirtschaftskrise betroffen. Gut drei Viertel unserer Mitgliedsunternehmen haben deshalb inzwischen Kurzarbeit beantragt. Angesichts der Schwierigkeiten der Unternehmen in der Vergangenheit, geeignete Fachkräfte zu rekrutieren, wird jedoch versucht, Entlassungen in den Stammbesetzungen zu vermeiden. Hoch bleibt auch die Ausbildungsbereitschaft: Die große Mehrheit der Maschinen- und Anlagenbauer möchte die Zahl der Ausbildungsplätze 2020 und 2021 auf dem Niveau der letzten Jahre belassen.

Wichtig ist aus Sicht der Unternehmen aber auch die innerbetriebliche Weiterbildung. Neue Anforderungen an die Kompetenzen der Beschäftigten im Zuge der digitalen Transformation entstehen nicht nur in der Produktion. Auch die Digitalisierung im Verwaltungsbereich wird deutlich an Fahrt gewinnen. Für die innerbetriebliche Weiterbildung zu sorgen ist selbstverständlich zunächst primäre Aufgabe der Betriebe und der Beschäftigten. Der Staat kann jedoch durch Prämien oder Bildungsgutscheine zusätzliche Anreize schaffen. Dabei ist es jedoch wichtig, nicht durch eine starre Fokussierung auf die Förderung der Beschäftigten in kleinen Betrieben, die Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Gesamtwirtschaft aus dem Auge zu verlieren.“

EZB STOCKT PROGRAMM ZUM ANKAUF VON ANLEIHEN UM 600 MILLIARDEN EURO AUF

Expansive Impulse kommen auch von der Geldpolitik. Die EZB hat im Zuge der COVID-19-Pandemie ihr Programm zum Ankauf von Staats- und Unternehmensanleihen zu den bereits geplanten 750 Milliarden Euro um weitere 600 Milliarden auf nunmehr 1,35 Billionen Euro ausgeweitet. Das Staatsanleihenkaufprogramm PSPP (Public Sector Purchase Programme) wird zunächst bis Mitte 2021 verlängert. Der Leitzins bleibt bei null Prozent. Von der Niedrigzinspolitik sind jedoch keine Impulse zu erwarten, schließlich liegt der Leitzins der EZB schon seit gut vier Jahren bei null Prozent. Von den Anleihekäufen erhoffen sich vor allem die bereits hoch verschuldeten Länder Südeuropas Luft bei der Finanzierung der Krisenfolgen. Vom Ankaufprogramm dürften jedoch auch stabilisierende Effekte auf den Markt für Unternehmensanleihen ausgehen. Durch die COVID-19-Pandemie haben sich die Risiken für die Stabilität des Finanzsystems erheblich vergrößert, und daher erscheint, auch vor dem Hintergrund des jüngsten Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Ankaufprogramm der EZB, die stark expansive Geldpolitik durchaus vertretbar.

UNGEWISSHEIT ÜBER ZEITPUNKT UND VERLAUF DES AUFSCHWUNGS

Wann der konjunkturelle Aufschwung kommt und wie stark er ausfallen wird, kann derzeit nicht seriös prognostiziert werden. Dazu gibt es derzeit noch zu viele Ungewissheiten. Sicher ist, dass die Folgen der Pandemie auch noch längerfristig zu spüren sein werden. Dies bedeutet nicht nur, dass es mindestens zwei bis drei Jahre dauern wird, bis die realwirtschaftlichen Einbußen ausgeglichen sein werden. Die Erfahrungen mit den Folgen der COVID-19-Pandemie werden auch zu grundlegenden Veränderungen führen. Die Digitalisierung erhält einen nachhaltigen Schub, die Arbeitswelt vollzieht einen rasanten Schritt in Richtung Arbeit 4.0, internationale Abhängigkeiten rücken verstärkt in den Fokus und auch beim Konsumverhalten führen die neuen Erfahrungen zu einem Wertewandel. Auf welche Veränderungen muss sich die hessische Industrie in Zukunft einstellen?



**STEFANIE SABET** | Geschäftsführerin

Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V.

Welche Erwartungen haben Sie in Bezug auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Ernährungsindustrie in den kommenden zwölf Monaten? Wo liegen die größten Herausforderungen?

Wir sehen drei zentrale Herausforderungen: Erstens muss nach dem Angebotsschock durch die Corona-Pandemie nun der Fokus auf der Wiederbelebung der Binnennachfrage liegen, damit davon abhängige Sektoren wie die Ernährungsindustrie, aber auch deren Absatzmärkte in Gastronomie, Hotellerie und Einzelhandel die Verluste aus dem Lockdown aufarbeiten können.

Zweitens muss auch der internationale Handel wiederbelebt und der Abschluss von Handelsabkommen mit strategisch wichtigen Märkten wie beispielsweise Großbritannien rasch vorangebracht werden. Der Export ist eine wichtige Stütze der deutschen Ernährungsindustrie.

Und drittens müssen wir Europa wieder stark machen. Die Schwäche der europäischen Politik in der Krise, die Schließung von Grenzen und der Rückfall in nationale Egoismen zeigt, wie anfällig und zerbrechlich sich die europäische Einigung und der europäische Binnenmarkt darstellen. Auch der Erfolg der deutschen Ernährungsindustrie ist eng mit einer Vollendung des europäischen Binnenmarktes verbunden.

Welche Veränderungen für die Ernährungsindustrie erwarten Sie längerfristig durch die COVID-19-Pandemie?

Die längerfristigen Folgen werden erst nach und nach sichtbar, viele Unternehmen waren und sind nach wie vor in ihrer Produktion eingeschränkt. Die dramatische Rezession in den kommenden Monaten und Jahren wird die Verfügbarkeit und bezahlbare Preise von Lebensmitteln zu einer Herausforderung machen. Denn für die kommenden Jahre wurden auch ehrgeizige Ziele für den Klimaschutz und mehr Nachhaltigkeit gefasst, die Investitionen erfordern werden. Deshalb braucht es insbesondere in der Politik ein Umdenken, bisherige Lösungsansätze müssen konsequent auf Passgenauigkeit hin überprüft und gegebenenfalls neu justiert werden.

Wie beurteilen Sie das Konjunkturpaket der Bundesregierung aus Branchensicht?

Als Konjunkturstützen sind jetzt vor allem eine stabile Beschäftigung und eine Stärkung der Kaufkraft gefragt. Das Konjunkturpaket hat auch dies zum Ziel, es wird jedoch abzuwarten bleiben, wie die beschlossenen Maßnahmen wirken. Die Mehrwertsteuersenkung ist befristet ein ökonomisch probates Mittel, um Konsum zu fördern. Dennoch ist die Kurzfristigkeit der Maßnahme auch mit Bürokratie in den Unternehmen verbunden und heizt auch die Preisdebatte in Zeiten zusätzlichen Ertragsdruckes unnötig an. Für den Konjunkturaufschwung werden noch weitere Anreize notwendig sein. Es braucht vor allem Modernisierungen und Entlastungen bei der Unternehmensbesteuerung sowie einen konsequenten Bürokratieabbau.



HILDEGARD MÜLLER | Präsidentin | VDA

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben die Automobilmärkte weltweit einbrechen lassen und die Industrie – insbesondere auch in Europa und Deutschland – in die schwerste Krise seit Jahrzehnten gestürzt. Der Einbruch der Märkte ist in seinem Ausmaß und in seinem globalen Umfang beispiellos. Im ersten Halbjahr 2020 gingen die Pkw-Neuzulassungen in Deutschland um knapp 35 Prozent auf 1,21 Millionen Pkw zurück. Das ist der niedrigste Wert für ein erstes Halbjahr in Deutschland seit der Wiedervereinigung. Ähnlich ist das Bild auf den internationalen Märkten: Der europäische Pkw-Markt ging bis Mai um 43 Prozent zurück, der US-Markt um 23 Prozent, der Markt in China um 27 Prozent.

Für das zweite Halbjahr deutet sich eine leichte Erholung an; ein Zeichen dafür ist der inländische Auftragseingang bei den deutschen Herstellern, bei dem das Minus gegenüber dem Vergleichsmonat aus dem Vorjahr im Juni deutlich geringer war als noch im Mai. Doch auch ein fortgesetzter Aufwärtstrend wird den Einbruch aus der ersten Jahreshälfte nicht annähernd ausgleichen können.

Oberste Priorität muss in der aktuellen Lage weiterhin sein, die Gesundheit der Menschen bestmöglich zu schützen. Wir alle sind gut beraten, nicht leichtsinnig zu werden, denn das Virus ist weiter da. Es geht nun vor allem darum, die industrielle Basis in Europa und Deutschland zu erhalten und die Beschäftigung zu sichern. Für die Automobilindustrie kommt hinzu, dass sie ihre Transformation für neue Antriebe und die Digitalisierung weiter vorantreiben muss. Das sind enorme Herausforderungen.

Wir brauchen – auch mit Blick auf die internationalen Märkte, Wachstum und Beschäftigung – weiterhin einen intelligenten Mix an Angeboten: Vom batterie-elektrischen Auto bis hin zu sparsamen und emissionsarmen Fahrzeugen mit hochmodernem Benzin- und Dieselmotor. Zum Erreichen des großen Ziels der klimaneutralen Mobilität werden die Nutzung von Wasserstoff und erneuerbaren E-Fuels an Bedeutung gewinnen. Insgesamt wird das Auto auch in Zukunft elementarer Bestandteil einer klimaschonenden Mobilität sein. Es kommt darauf an, die jeweils beste Lösung einzusetzen, die Lebenswirklichkeit der Menschen zu berücksichtigen und beim Weg in die Mobilität der Zukunft technologieoffen vorzugehen.

Die EU braucht jetzt ein ambitioniertes Industrie- und Klimapaket, um aus der Krise zu kommen. Der Schwerpunkt muss auf Wachstum und Investitionen gelegt werden. Dazu zählen der konsequente Ausbau der Infrastruktur für Elektromobilität und Wasserstoff, der Hochlauf von E-Fuels und Investitionen in die Digitalisierung.

DIE WUNDERBARE WELT NACH CORONA

Weltweit haben Wirtschaft und Gesellschaft aus der Erfahrung mit der COVID-19-Pandemie gelernt. Wir befinden uns im Stadium des Post-Wachstums und der Wir-Kultur. Der Ausfall globaler Handels- und Lieferketten hat unser Konsumverhalten grundsätzlich verändert. Sie hat zu einer Wiederentdeckung heimischer Alternativen geführt und den stationären Handel mit regionalen Produkten und Lieferketten wiederbelebt. Wochenmärkte, regionale Erzeuger und lokale Online-Shops boomen und die Re-Regionalisierung hat kleinteiligere, genossenschaftlich organisierte Wertschöpfungsnetzwerke in der Lebensmittelindustrie und im Lebensmitteleinzelhandel entstehen lassen. Durch die Krisenerfahrungen entstanden das Bedürfnis nach bewussterem Genuss und eine Abkehr von Massenkonsum und Wegwerfmentalität.

Die COVID-19-Krise hat auch zu einem neuen Gesundheits- und Umweltverständnis geführt. Gesundheit wird weniger auf den eigenen Körper bezogen gesehen, sondern umfasst die gesamte Umwelt, die Städte, in denen wir leben, und letztlich auch die Weltgemeinschaft. Die eigene Gesundheit und die Weltgesundheit werden zusammen gedacht. Dies verändert auch die Kooperationsbereitschaft auf unterschiedlichen regionalen Regierungsebenen, zwischen Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern, um gesunde Umwelten zu schaffen beziehungsweise zu erhalten. Die individuelle Gesundheit wird nicht mehr entkoppelt von Gesellschaft und Umwelt gesehen. Digitale Gesundheits-Apps sind inzwischen selbstverständlich und dienen unter anderem dazu, Wahrscheinlichkeiten über das Entstehen neuer Epidemien vorauszusagen. Und COVID-19 hat dazu geführt, dass systemrelevante Berufe im Gesundheitswesen stärker wertgeschätzt werden, was sich nun auch in einer höheren Bezahlung bemerkbar macht.

Zudem hat sich das Verständnis von Bildung im Zuge der COVID-19-Pandemie verändert. Nicht nur in den Schulen haben digitale Tools Einzug in den Schulalltag gehalten und werden von den Lehrkräften

medienpädagogisch und mediendidaktisch geschickt eingesetzt. Auch das System der Weiterbildung hat sich grundlegend verändert. Digitale Lehrangebote sind in der beruflichen Weiterbildung inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Aus den Erfahrungen des Lockdowns nutzen die Anwenderinnen und Anwender die Chancen des zeitlich und räumlich ungebundenen Lernens. Und die öffentlichen Investitionen in den Ausbau der digitalen Infrastruktur haben dazu geführt, dass überall in Hessen und Deutschland digitales Lernen möglich ist. Schließlich hat COVID-19 zu einer Neuordnung der politischen Systeme geführt. Die globale Krise hat gezeigt, wie wichtig überstaatliches Handeln ist. Nationale Grenzen verlieren gegenüber supranationalen Organisationen an Gewicht. Gleichzeitig gewinnen die kommunalen Ebenen (Landkreis, Stadt, Gemeinde) an Bedeutung. Die Europäische Union geht gestärkt aus der Krise hervor, sie ist daran gewachsen. Das europäische Finanzsystem hat sich als resilient erwiesen, und durch ein solidarisches Konjunkturpaket hat der Zusammenhalt in der Union wieder stark zugenommen.

Diese „wunderbare Welt nach Corona“ ist angelehnt an eines von vier Zukunftsszenarien aus der aktuellen Publikation „Die Welt nach Corona, Business-Märkte-Lebenswelten – was sich ändern wird“ des Frankfurter Zukunftsinstituts. Dass es so idealtypisch eintrifft wie skizziert ist sicherlich mehr als unwahrscheinlich. Aber es enthält viele Elemente, die sich viele von uns zurzeit wünschen, die viele als Erfahrung aus der Krise als „richtig“ ansehen. Dieses Zukunftsszenario ist auch ein Gegenentwurf zu zahlreichen Problemen, denen wir uns vor der Pandemie gegenübersehen und aktuell noch gegenübersehen: Neo-Nationalismus, wachsender Populismus, gesellschaftliche Spaltung, Umweltzerstörung und Klimawandel. Und nicht zuletzt eine vermeintliche Lösung für die Probleme, die sich durch die starke internationale Vernetzung, die so genannte Globalisierung, ergeben können und die uns durch die COVID-19-Pandemie gerade deutlich vor Augen geführt werden.

DIE INDUSTRIE NACH COVID-19

WELCHE TRENDS DIE INDUSTRIE
VERÄNDERN WERDENDIE DIGITALE TRANSFORMATION IST MEHR ALS DIE
ANWENDUNG EINZELNER ONLINE-INSTRUMENTE

Die aktuelle Wirtschaftskrise hat dazu geführt, dass Unternehmen ihr Produktportfolio und ihre Geschäftsprozesse grundlegend auf den Prüfstand stellen. Plötzlich wird hinterfragt, was zuvor seit Jahren selbstverständlich war. Und wenn aktuell Unternehmen zu ihren Zukunftsplänen befragt werden (zum Beispiel vom VCI oder dem VDMA), dann wird deutlich, dass die Industrie vor allem den digitalen Wandel vorantreiben möchte. Nun deckt sich dies auch mit der allgemeinen Erkenntnis in der Politik, dass die COVID-19-Pandemie einen Digitalisierungsschub bewirkt. Allerdings ist die von der Industrie vorangetriebene digitale Transformation sehr viel tiefgreifender.

Der Lockdown hat zunächst nur zu einer „Zwangsdigitalisierung“ geführt; er hat dazu geführt, dass die Menschen plötzlich Videokonferenzen benötigten, um ihren beruflichen Alltag zu bewältigen und dass an den Kassen der Einkaufsgeschäfte plötzlich kein Bargeld mehr gewünscht war, sondern die Zahlung per Kreditkarte oder Smartphone. Digitalisierung bedeutet jedoch mehr als die Anwendung einzelner Online-Instrumente von US-amerikanischen Softwareanbietern. Hinter der Digitalisierung, welche die Industrie jetzt noch weiter vorantreiben wird, stecken vor allem tiefgreifende Veränderungen von Prozessen und Produktionsabläufen – und letztlich auch die Entwicklung gänzlich neuer Geschäftsmodelle.

MANUFACTURING 4.0 FINDET AUCH
IM MITTELSTAND WEITE VERBREITUNG

Das Thema „Digitalisierung“ war bisher vor allem ein Thema für Großunternehmen. Die COVID-19-Krise und die damit verbundene Neubewertung von Unternehmensstrategien und -zielen haben jedoch dazu geführt, dass „Manufacturing 4.0“ nun auch zunehmend im industriellen Mittelstand ankommt. Dabei geht es zunehmend um die Anwendung intelligenter Produkte und Maschinen, um „Operations Excellence“ zu erreichen. Dies beinhaltet zum Beispiel die Verbesserung der Genauigkeit, Geschwindigkeit und vor allem auch der Handhabung der Komplexität in der Fertigungsplanung und Fertigungssteuerung. Selbstorganisierte und untereinander vernetzte operative Prozesse sollen dem Ziel einer möglichst hohen Resilienz des Unternehmens dienen. Dieser digitale Wandel wird dazu führen, dass Produktionsprozesse viel stärker als bisher miteinander vernetzt werden. Auch ist zu erwarten, dass die Entwicklung und der Einsatz „echter“ künstlicher Intelligenz im Gegensatz zu den bisherigen mathematischen Modellen und Algorithmen vorangetrieben werden.

INVESTITIONEN IN BESCHÄFTIGTENQUALIFIZIERUNG
BESTIMMEN DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Die forcierte digitale Transformation in der Industrie als Ergebnis der COVID-19-Pandemie wird auch die Arbeitswelt massiv verändern und zwar nicht nur im Sinne eines Mehrs an mobilen Arbeitsplätzen bezie-



ungsweise Homeoffice. Vor allem wird sich die Bedeutung von Tätigkeitsprofilen wesentlich verändern, insbesondere zugunsten sogenannter abstrakter Tätigkeiten. Der Stellenwert von EDV-Tätigkeiten und Programmieren, Beraten und Informieren, der Anwendung oder Auslegung von Gesetzen und Verordnungen sowie die Beschaffung und Analyse von Informationen werden in der Industrie weiter an Bedeutung gewinnen. Dadurch verändern sich auch die Anforderungen an die berufliche Qualifizierung und Kompetenzentwicklung der Beschäftigten.

Gefragt werden vor allem sein:

- ein stärker interdisziplinär ausgerichtetes Denken und Handeln,
- die Fähigkeit zur Erfassung und Verarbeitung komplexer Zusammenhänge und des Prozess-Know-hows, die Problemlösungskompetenz und Aufgeschlossenheit für Innovationen sowie
- ein breites Verständnis für die Informations- und Kommunikationstechnologie.

Dies erfordert einerseits steigende Investitionen in die Weiterqualifizierung der Beschäftigten durch die Unternehmen und zwar über alle Altersgruppen hinweg. Dies erfordert andererseits aber auch ein hohes Maß an Teilnahmebereitschaft an Weiterbildungsmaßnahmen seitens der Beschäftigten und den Willen zum lebenslangen Lernen (vgl. Berufliche Weiterbildung im Zeitalter der Digitalen Transformation, hrsg. vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesent-

wicklung, Frankfurt 2019, S. 16-20). Letztlich wird der unternehmerische Erfolg, der Grad an internationaler Wettbewerbsfähigkeit entscheidend davon abhängen, inwieweit es gelingt, die Kompetenzen der Beschäftigten an die sich verändernden Anforderungen anzupassen.

DIE BEDEUTUNG VON HOMEOFFICE WIRD STEIGEN, DAS BÜRO ABER NICHT VOLLSTÄNDIG ABLÖSEN

Die Möglichkeiten der Digitalisierung verändern aber auch die Arbeitsplätze. Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass Homeoffice durchaus ein Erfolgsmodell sein kann. In zahlreichen Unternehmen und Behörden ist das Arbeiten von zu Hause durch den Lockdown zur Selbstverständlichkeit geworden, auch dort, wo kurz zuvor noch flexible Arbeitsmodelle undenkbar waren. Und manches Unternehmen denkt schon darüber nach, wie es wäre, wenn ein Großteil der Beschäftigten dauerhaft von zu Hause arbeiten könnte. Diese müssten dann auch nicht teure Wohnungen in den Metropolen beziehen, sondern könnten von überall arbeiten; auch dort, wo die Mieten deutlich niedriger sind – vorausgesetzt natürlich, dass die Breitbandinfrastruktur ausreichend ist. Ähnlich hat sich jüngst Facebook-Chef Mark Zuckerberg geäußert. Er kann sich vorstellen, dass in zehn Jahren die Hälfte seiner Beschäftigten über die Welt verteilt leben und arbeiten. Und auch sonst erscheint plötzlich Homeoffice als die ideale Lösung. Der Umzug wegen der beruflichen Karriere wird unnötig, das gemeinsame Miteinander mit der Familie erleichtert, Fahrten zur Arbeit entfallen. Dies kommt auch der Umwelt zugute.

Allerdings haben die Erfahrungen in der Krise gezeigt, dass Homeoffice auch seine Schattenseiten hat – spätestens dann, wenn alle Familienmitglieder zeitgleich in Video-Konferenzen in beengten Wohnverhältnissen saßen; häufig an Plätzen, die den Standards an Ergonomie und Arbeitssicherheit nicht entsprechen. Und durch Homeoffice verlagert sich der Lebensmittelpunkt in die private Sphäre, mit möglicherweise negativen Folgen auf die Leistungsbereitschaft. Vor allem entfällt jedoch der Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz. Der „Flur-Funk“ funktioniert dann nicht mehr und damit fehlt ein elementarer Bestandteil einer funktionierenden Kommunikationsstruktur. Soziale Bindungen mit Kolleginnen und Kollegen entfallen und es besteht die Gefahr, dass die Identifizierung mit dem Arbeitgeber geschwächt wird. Ja, Homeoffice bietet viele Vorteile, aber auch Risiken. Die Flexibilisierung der Arbeit wird nach COVID-19 einen weiteren Schub erhalten. Aber Sorgen, dass in Zukunft die Büros leer bleiben werden, müssen wir uns nicht machen.

DAS EINKAUFSVERHALTEN VERÄNDERT SICH – AUCH IM B2B-GESCHÄFT

Für viele Menschen hat COVID-19 gezeigt, dass vieles, was wir als selbstverständlich ansehen, in Wirklichkeit nicht selbstverständlich ist. Dazu gehören jederzeit prallgefüllte Einkaufsregale. Sicher, inzwischen hochbetagte Menschen haben diese Erfahrungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit gemacht und bis zur Währungsunion 1990 im Zuge der deutschen Einheit standen Menschen durch die Zentralverwaltungswirtschaft in der ehemaligen DDR Schlange, um Zitrusfrüchte, Nylon-

Strumpfhosen oder hochwertige Schokolade zu erhalten. Für die meisten von uns waren die Lücken in den Regalen bei Toilettenpapier, Mehl, Ravioli-Dosen oder Hefe jedoch eine völlig neue Erfahrung. Dies könnte auch Veränderungen im Konsumverhalten bewirken, zum Beispiel in Form einer zukünftig stärkeren Berücksichtigung regionaler Anbieter. Sehr viel stärker dürfte sich aber aller Voraussicht nach ein weiterer Trend auswirken: Die Erfahrung, dass es gesundheitlich risikoärmer, bequemer und zumeist auch kostengünstiger ist, Waren online zu bestellen und sich direkt nach Hause liefern zu lassen. Diese Erfahrungen werden dann auch das B2B-Geschäft beeinflussen. Der Online-Wareneinkauf und -verkauf werden zu Lasten traditioneller Vertriebsformen im Großhandel oder der Handelsvertretung deutlich zunehmen.

TREND ZU MEHR NACHHALTIGKEIT, ALLERDINGS NICHT WELTWEIT

Folgt man dem Zukunftsforscher Matthias Horx, könnte die aktuelle Krise auch das Umweltbewusstsein stärken und vielleicht sogar zu einem Durchbruch der sogenannten „Blauen Revolution“ führen. Unter der „Blauen Revolution“ wird eine „ökologische Wende“ verstanden, „die nicht primär auf Verzicht und Reduktion setzt, sondern auf eine kreative, öffnende Verbindung von Technologie und Systemintelligenz [...]“. Genau für die neue Welt haben wir in der Corona-Krise geübt. Sie war so etwas wie die Vorwegnahme einer nachhaltigeren Lebensform, auch – oder gerade – weil wir uns beschränken mussten.



Die Bilder der smogfreien Kontinente aus dem Weltall beeindruckten uns. Die Tatsache, dass die Exzesse des Konsumierens plötzlich lahmgelegt wurden, ohne dass die ganze Welt zusammenbrach, war und bleibt eindrucksvoll. Wir haben Erfahrungen damit gemacht, dass das, was wir unbedingt zu brauchen glaubten, gar nicht so wichtig war: jederzeit grenzenloses Reisen, hemmungslose Schlemmerei und jedes Wochenende Party, ständig noch mehr und noch billigere Produkte. 2020 wird die menschliche Zivilisation zum ersten Mal weniger CO₂ ausstoßen. Das bringt uns auf merkwürdige und womöglich produktive Gedanken." (Horx, Matthias, in: Die Welt nach Corona, a.a.O., S. 18). Sicherlich ist hier der Fokus von Horx lediglich auf einen Teil der sogenannten Wohlstandsgesellschaft begrenzt, und die möglichen Verhaltensveränderungen gelten fraglos nur für einen sehr eingeschränkten Teil der Weltbevölkerung. Selbst im „wohlhabenden“ Deutschland ist für zahlreiche Menschen der aktuelle Verzicht zunächst erst einmal mit erheblichen Einkommenseinbußen verbunden, die eine Reduktion auf das Lebensnotwendige erzwingt. Und für zahllose Wanderarbeitnehmer*innen weltweit geht es gegenwärtig schlichtweg um das nackte Überleben. Und dennoch: Gerade in Schichten in hochentwickelten Volkswirtschaften, die bisher eher hochpreisige Konsumgüter nachgefragt haben, könnte sich ein Wandel vollziehen, indem verstärkt „nachhaltige“ Produkte nachgefragt werden. Der SUV mit Verbrennungsmotor in der Garage wird dann durch ein Elektrofahrzeug ersetzt und es werden verstärkt Marken nachgefragt, deren Bekenntnis zum Umweltschutz und das Eintreten für soziale Gerechtigkeit auch tatsächlich glaubwürdig ist.

Dienstreisen rund um den Globus werden zur Ausnahme

Nach wie vor werden die Deutschen zum Urlaub in das Ausland reisen; nach COVID-19 werden auch Fernreisen wieder an Bedeutung gewinnen. Vielleicht werden dabei langfristig Anbieter von Pauschalreisen letztlich zu den Gewinnern der Krise zählen. Grundlegend verändern wird sich jedoch aller Voraussicht nach der Dienstreiseverkehr. Die Lehre aus der aktuellen Pandemie ist, dass auf viele zeitaufwändige und kostenintensive Dienstreisen durchaus verzichtet werden kann und wichtige Inhalte und Probleme auch per Video besprochen werden können. Zur Geschäfts-anbahnung werden gewiss auch weiterhin persönliche Gespräche vor Ort unverzichtbar bleiben. Und dennoch: Lange Dienstreisen ins Ausland werden zur Ausnahme werden. Und auch der Einsatz internationaler Teams etwa zur Installation und Wartung von Maschinen wird durch die stärkere digitale Vernetzung zukünftig mit deutlich weniger Reiseaufwand verbunden sein als heute.

Attraktivität des Produktionsstandortes Europa nimmt wieder zu

Die Lieferengpässe bei der medizinischen Versorgung mit Atemschutzmasken und Beatmungsgeräten haben die starke Abhängigkeit des deut-

schen Gesundheitssystems vom Ausland gleich zu Beginn der Pandemie deutlich gemacht. Und schnell hat sich gezeigt, dass viele Patienten in Deutschland und Europa Schwierigkeiten hatten, zum Teil lebensnotwendige Medikamente zu erhalten, weil Generika inzwischen praktisch ausschließlich in China und Indien hergestellt werden. Doch nicht nur im Gesundheitswesen zeigten sich frühzeitig die Risiken einer umfassenden Globalisierung der Wertschöpfungsketten. Zahlreiche Betriebe litten bereits im Februar 2020 an den Folgen von Betriebsschließungen in China, da wichtige Zubehöerteile nicht geliefert werden konnten. Die aktuelle Krise hat dazu geführt, dass in den Unternehmen die bestehenden Lieferketten auf den Prüfstand gestellt werden. Grundsätzlich gewinnt der Produktionsstandort Europa für die Industrie wieder an Attraktivität. Ob allerdings tatsächlich ein Insourcing von Produktionsstandorten aus Fernost erfolgt, wird entscheidend davon abhängen, inwieweit sich in Deutschland und Europa die Rahmenbedingungen verbessern. Dazu gehören zum Beispiel in Deutschland eine international wettbewerbsfähige Körperschaftsteuer und der Abbau der Bürokratie. Dass es in Deutschland mit weniger Bürokratie auch gehen kann, haben die jüngsten Erfahrungen mit der Auszahlung von Überbrückungsgeldern durchaus gezeigt.

ERFOLGSREZEPT: DIE KRISE ALS CHANCE NUTZEN

Wie wird die Industrie am besten aus der Krise kommen? Eine einfache, pauschale Antwort dazu gibt es ganz sicher nicht. Eines erscheint aber sicher: Erfolgreich meistern werden die Krise vor allem jene, die die aktuelle Situation auch als Chance sehen; die ihr bisheriges Geschäftsmodell und ihre Prozessabläufe auf den Prüfstand stellen, auch Altbewährtes zumindest hinterfragen, und neue Strategien unter Einbeziehung der digitalen Möglichkeiten entwickeln. Dazu gehört vor allem auch Mut. Mut, auch in Krisenzeiten zu investieren und nicht nur Kosten zu senken. Und der Unternehmenserfolg wird entscheidend auch von der Qualifizierung der Beschäftigten abhängen. Daher gilt es gerade jetzt, in die Weiter- und Nachqualifizierung von Beschäftigten in den Unternehmen zu investieren.



INTERVIEW MIT STEFANIE KAULICH
GESCHÄFTSFÜHRERIN BEYER & KAULICH UNTERNEHMENSBERATUNG GMBH

ARBEITSSICHERHEIT: MÜSSEN WIR UNS JETZT ALLE NEU ERFINDEN?



Stefanie Kaulich ist Betriebswirtin und Fachkraft für Arbeitssicherheit. Nach einer Anstellung im Bereich Personalentwicklung ist sie seit 2005 als Unternehmerin tätig. Seit vielen Jahren engagiert sie sich ehrenamtlich und ist seit 2019 Vize-Präsidentin der IHK Frankfurt am Main. Die Beyer & Kaulich Unternehmensberatung ist seit über 20 Jahren am Markt und hauptsächlich für Industriekunden tätig. Das Unternehmen ist spezialisiert auf Organisationsentwicklung, Coaching und verhaltensbasierte Sicherheitsarbeit mit dem Geschäftsbereich Academy for Safety.

Frau Kaulich, bevor wir auf die COVID-19-Pandemie und die Folgen zu sprechen kommen, möchte ich gern wissen, inwieweit Sie als industrienaher Dienstleister bereits den konjunkturellen Abschwung vor Corona im Jahr 2019 zu spüren bekommen haben?

Eine konjunkturelle Eintrübung haben wir vergangenes Jahr nicht wahrgenommen. Was wir aber als Beratungsunternehmen für die Industrie schon seit einigen Jahren feststellen, ist ein struktureller Wandel im verarbeitenden Gewerbe, insbesondere im Zuge der zunehmenden Digitalisierung. Dadurch hat sich auch die Nachfrage nach unseren Produkten verändert.

Inwiefern?

Das „klassische“ Beratungs- und Coachinggeschäft wird zunehmend weniger nachgefragt. Gefragt sind immer weniger Workshops oder Arbeiten in Kleingruppen, also Arbeitsformen, in denen es auf die physische Anwesenheit ankommt. Das liegt nicht nur daran, dass unter dem Aspekt von Kostensenkungen zunehmend auch an der Weiterbildung der Beschäftigten gespart wird. Es liegt auch daran, dass durch die zunehmende Digitalisierung der Geschäftsprozesse die zwischenmenschlichen Konflikte zurückgehen, die früher das Arbeiten in Gruppen erforderlich gemacht haben. Dafür gibt es neue Herausforderungen – zum Beispiel im Bereich Kommunikation.

Und auch die Anforderungen an die betriebliche Weiterbildung haben sich verändert, zum Beispiel in Bezug auf die Nachfrage nach digitalen Lernangeboten. Hier haben Sie auch Angebote für Unternehmen, zum Beispiel im Bereich Arbeitssicherheit.

Ja, das ist richtig. In unserer Academy for Safety bieten wir Unternehmen und ihren Beschäftigten eine Unterweisungsplattform, welche die wesentlichen Inhalte der Arbeitssicherheit inhaltlich zielgenau und lernmotivierend aufbereitet. Animierte Inhalte, Erklärvideos und Lernkontrollen vermitteln die Inhalte sehr viel anschaulicher als Standard-Präsenzunterweisungen mittels PowerPoint. Aktuell sind wir dabei, Avatare in das Portal zu integrieren, um so die Inhalte noch besser als bisher an das aktuelle Arbeitsumfeld anzupassen.

Warum haben Sie bei Beyer & Kaulich ausgerechnet einen Schwerpunkt auf das Thema „Arbeitssicherheit“ gelegt?

Ich beschäftige mich seit 15 Jahren mit dem Thema Arbeitssicherheit. Dieses wird in manchen Unternehmen als lästige Pflicht gesehen. Wir haben dann aber festgestellt, dass sich bei der Arbeitssicherheit zahlreiche Ansatzpunkte zur Steigerung der Kosteneffizienz ergeben. Das beginnt bei der Reduzierung von Arbeitsunfällen bis hin zur Optimierung von Arbeitsabläufen.

In Zeiten von COVID-19 wird momentan sicherlich das Thema „Hygieneregeln“ großgeschrieben.

Das ist ganz sicher ein wichtiges Thema für die Unternehmen. Wir haben hierzu auch eine Online-Unterweisung in unserem Portal.

Was hat sich denn im Zuge von COVID-19 bei Ihren Kunden aus der Industrie noch verändert?

Die derzeitige Krise hat dazu geführt, dass die Unternehmen ihre Geschäftsmodelle und Prozesse grundsätzlich neu überdenken. Durch den massiven Einbruch der Umsatzerlöse und der dadurch notwendigen Ausschöpfung von Kostensenkungspotenzialen werden jetzt auch Aktivitäten überprüft, die seit vielen Jahren selbstverständlich waren. Dazu zählen beispielsweise auch Auftritte bei Messen. Und natürlich haben die digitale Transformation und „Arbeit 4.0“ einen zusätzlichen Schub erfahren.

Denken Sie, dass diese Veränderungen nachhaltig sein werden?

Ja, ganz sicher. Zum Beispiel bin ich der Überzeugung, dass die Bedeutung von Industriemessen nicht mehr die Gleiche sein wird wie früher. Denn die Frage ist: Wie viele Vertragsabschlüsse werden auf Messen getätigt? Und wie hoch sind im Verhältnis die Kosten für den Messeauftritt? Und auch die Arbeitsorganisation wird sich in den Unternehmen grundlegend verändern; mobile Arbeitsplätze werden außerhalb der Produktion vielfach zur Regel werden und nicht mehr die Ausnahme bilden, ganz im Sinne: „Definiert für Euch, wie oft ihr kommen wollt“.

Wo sehen Sie denn die größten Herausforderungen bei der Umsetzung von mobilem Arbeiten beziehungsweise Homeoffice?

Das beginnt zunächst mit einer ausreichenden Breitbandinfrastruktur. Da gibt es leider noch immer Versorgungslücken in Hessen, sogar hier in der Metropolregion FrankfurtRheinMain. Aber ganz sicher stellt Homeoffice auch besondere Anforderungen an Führungskräfte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das umfasst zum Beispiel die Führung virtueller Teams oder die Optimierung rein digitaler Kommunikationsprozesse. Und für die Personen, die im Homeoffice arbeiten, ist Zeit- und Selbstmanagement ein zentrales Thema. Auch die soziale Bindung im Unternehmen verändert sich.

Und auch ein geeigneter Arbeitsraum zu Hause ist ein Thema ...

Ja, auch das. Hier ist es allerdings wichtig, dass die mobilen Arbeitsplätze die Standards an Ergonomie und Arbeitssicherheit erfüllen. Da gibt es zweifellos noch Handlungsbedarf.

Wo sehen Sie denn aktuell besondere Herausforderungen beim Wiederhochfahren der Wirtschaft?

Zunächst ist es schon einmal eine Herausforderung, dass wir die Wirtschaft ja nur teilweise wieder hochfahren. Die Unsicherheit, wie es

weitergeht, ist nach wie vor hoch. Und manchmal habe ich den Eindruck, dass der eine oder andere beim mobilen Arbeiten von zu Hause die Phase der Kontaktbeschränkungen eher als eine Art Sabbatical ansieht. Da muss sich wieder etwas an der Einstellung ändern. Wir verlieren dieses Jahr voraussichtlich fast ein Zehntel unseres Bruttoinlandsproduktes. Der materielle Wohlfahrtsverlust wird bei rund 300 Milliarden Euro liegen. Das müssen wir erst einmal wieder aufholen.

Und wie steht es mit der Zukunft digitaler Geschäftsmodelle in der Beratung?

Zweifellos erleben wir derzeit einen ungeheuren Schub bei der Digitalisierung. Zahlreiche neue digitale Geschäftsmodelle entstehen derzeit im Dienstleistungssektor, auch in der Beratung. Aber hier stellt sich die Frage, wie wir mit digitalen Geschäftsmodellen auch einen Mehrwert schaffen, für den unsere Kunden auch bereit sind zu zahlen. Die Zahlungsbereitschaft für digitale Angebote ist bislang eine grundlegend andere als beim herkömmlichen „Präsenz-Geschäft“.

Frau Kaulich, eine Frage noch zum Abschluss: Erhoffen Sie sich starke Impulse vom aktuellen Konjunkturpaket?

Erhoffen ja, aber ich erwarte sie nicht unbedingt. Gut an dem Paket ist, dass es breit aufgestellt ist und sich nicht auf die Förderung einzelner Branchen fokussiert. Gut ist auch, dass es langfristige Investitionen in die digitale Infrastruktur enthält. Ob von der Mehrwertsteuersenkung über lediglich sechs Monate die erhofften Wirkungen ausgehen, bleibt allerdings abzuwarten. Insgesamt hätte ich mir mehr Mut und mehr Investitionen in die Zukunft gewünscht.

Das Interview führten Dr. Rainer Behrend (Behrend-Institut) und Joris Smolders (IHK Frankfurt am Main).

INNOVATIONSREPORT 2020

DIE KRISE STÄRKT DIE BEREITSCHAFT FÜR INNOVATIONEN IM NETZWERK INDUSTRIE



Durch die COVID-19-Pandemie sind dem Netzwerk Industrie in hohem Maße Aufträge weggebrochen. Über Jahre bewährte Lieferketten sind über Nacht gerissen. Für die meisten Unternehmen hat sich die Eigenkapitalausstattung in kürzester Zeit deutlich verschlechtert. Dies wirkt sich selbstverständlich negativ auf die Investitionsbereitschaft aus, wie sich auch an den Ergebnissen der aktuellen IHK-Konjunkturumfrage gezeigt hat. Das Investitionsvolumen des Netzwerks Industrie wird 2020 deutlich niedriger ausfallen als im Vorjahr. Dies bedeutet jedoch nicht gleichzeitig, dass auch die Innovationsbereitschaft in den Betrieben gesunken ist. In einer Umfrage des Bundeswirtschaftsministeriums im April 2020 gaben drei Viertel der befragten Unternehmen an, dass sie ihre Innovationsaktivitäten trotz der wirtschaftlichen Krisensituation beibehalten werden. 21 Prozent der Betriebe möchten gerade jetzt die Situation nutzen, um neue Innovationsprojekte zu starten. Nur jedes neunte Unternehmen plant eine Reduzierung der Innovationsvorhaben. Dies verdeutlicht: Mit Hilfe neuer Ideen möchten die deutschen Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit gerade in „Zeiten von Corona“ stärken.

HIGHTECH-UNTERNEHMEN UND IKT-DIENSTLEISTER BESONDERS INNOVATIONSSTARK

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat nun gemeinsam mit den 79 Industrie- und Handelskammern in Deutschland die Innovationsbereitschaft der Unternehmen im Netzwerk Industrie im Rahmen einer Umfrage näher untersucht. Diese Umfrage wurde am 23. März abgeschlossen, zu einem Zeitpunkt, als Deutschland schon im Lockdown war. Dabei hat sich gezeigt, dass gegenwärtig vor allem die Unternehmen der chemischen und pharmazeutischen Industrie, der Elektrotechnik sowie des Maschinen- und Fahrzeugbaus innovationsstark sind. Eine weit überdurchschnittliche Innovationsdynamik weisen zudem Informations- und Kommunikationstechnik-Dienstleister auf.

HOHE INVESTITIONSKOSTEN BREMSEN DEN EINSATZ PASSGENAUER IT-LÖSUNGEN IN KMU

Diese IKT-Dienstleister profitieren vom allgemeinen Trend der digitalen Transformation und vom gegenwärtigen „Digitalisierungsschub“ in der Industrie. Gerade in der Phase der Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen erlebten zahlreiche Unternehmen einen Quantensprung bei der Digitalisierung. Passgenaue Lösungen zur Digitalisierung der Geschäfts- und Produktionsprozesse werden unverzichtbar. Die Bereitschaft, die Digitalisierung für die Entwicklung neuer Produkte zu nutzen, ist vor allem bei Großunternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten weit verbreitet. Zwar ist die Bereitschaft auch bei kleinen und mittleren Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten für den Einsatz pass-

genauer, individueller IT-Lösungen grundsätzlich hoch. Durch die Höhe der Investitionskosten, die auch Vorkehrungen zur Cybersicherheit und Datenschutzanforderungen beinhalten, sind hier jedoch die Möglichkeiten der Umsetzung stärker begrenzt.

VERNETZUNG MIT KUNDEN UND LIEFERANTEN WICHTIGER FAKTOR FÜR INNOVATIONEN

Ein wichtiger Faktor für die Entwicklung von Innovationen ist die Vernetzung. Dabei nutzen die Unternehmen in zunehmendem Maße das Know-how von Kunden und Lieferanten. Selbstverständlich spielt nach wie vor auch der Sachverstand der Wissenschaft eine wichtige Rolle, um erfolgversprechende Neuerungen zu entwickeln. Doch das Modell des linearen Wissenstransfers von der Wissenschaft in die Wirtschaft ist längst überholt. Neue Produkte entstehen vielmehr durch das dynamische Aufgreifen von Ideen, die mit Kunden, Lieferanten und Wissenschaftlern gedacht, getestet, verworfen und wieder weiterentwickelt werden. Immerhin 86 Prozent der Unternehmen planen, in den kommenden zwölf Monaten strategisch mit Kunden und Lieferanten zusammenzuarbeiten. Gerade in krisenhaften Zeiten ist grundsätzlich jegliche fachliche Expertise willkommen, mit dem Ziel, sich noch stärker am Markt zu orientieren und den Wünschen der Kunden zu begegnen.

Und ein weiterer Trend ist erkennbar. 43 Prozent der Unternehmen des Netzwerks Industrie setzen auf den gezielten Einkauf von Wissen, Patenten und Lizenzen.

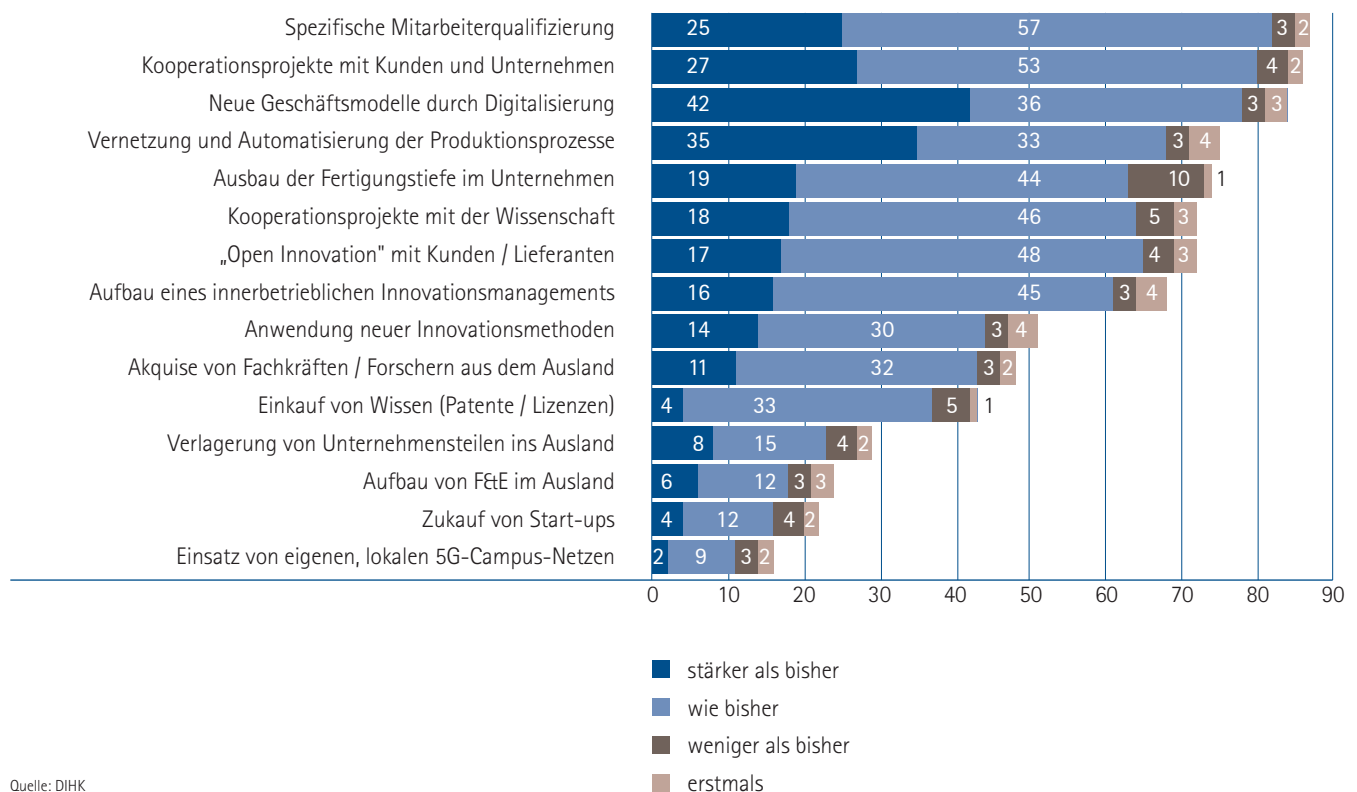
ERFOLGSSCHLÜSSEL: QUALIFIZIERTE BESCHÄFTIGTE

Letztlich sind jedoch die Mitarbeiter in den Unternehmen der Schlüssel zum Erfolg. Daher gehört auch die spezifische Mitarbeiterqualifizierung zu den Kernaktivitäten zur Steigerung der Innovationsfähigkeit. Immerhin 87 Prozent der Betriebe planen für die kommenden Monate derartige Maßnahmen. Dazu zählen alle möglichen Angebote von technischen Fortbildungen bis hin zu berufsbegleitenden Studiengängen. Jedes vierte Unternehmen möchte das Weiterbildungsangebot sogar noch weiter ausbauen – auch um die Beschäftigten mit neuer Hard- und Software zu schulen.

NÄCHSTE ESF-FÖRDERPERIODE ALS CHANCE FÜR DIE STÄRKUNG DER INNOVATIONSKRAFT NUTZEN

Damit Unternehmen dauerhaft auf qualifizierte Fachkräfte setzen können, kommt der kontinuierlichen Weiterbildung der Beschäftigten in allen Altersgruppen eine zentrale Rolle zu. Der Staat kann dies durch Anreizmechanismen wie zielgruppenspezifische Prämien- und Gut-

WELCHE AKTIVITÄTEN PLANT IHR UNTERNEHMEN IN DEN KOMMENDEN 12 MONATEN ZUR STEIGERUNG DER INNOVATIONSFÄHIGKEIT? | ANGABEN IN PROZENT





scheinmodelle fördern. Bei einer entsprechenden Umsetzung durch die Bundesagentur für Arbeit könnten sich gute Möglichkeiten durch das seit dem 1. Januar 2019 geltende Qualifizierungschancengesetz ergeben. Allerdings wird die Innovationsfähigkeit nicht nur durch abschlussbezogene Qualifizierungen, sondern insbesondere durch unternehmensbezogene, zielgenaue Weiterbildungsmaßnahmen erreicht. Mit der nächsten ESF-Förderperiode ab dem Jahr 2022 ist eine Neuausrichtung der hessischen Qualifizierungsoffensive geplant, in der Weiterbildungsmaßnahmen in den Bereichen Digitalisierung und Nachhaltigkeit gefördert werden können. Bislang sind jedoch nur Förderungen für Beschäftigte in Betrieben mit weniger als 50 Mitarbeitern geplant. Als wichtiges Instrument zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des hessischen industriellen Mittelstands durch geeignete Anpassungsqualifizierungen wäre das Programm dann weitgehend ungeeignet.

JEDER ZWEITE BETRIEB MÖCHTE FACHKRÄFTE AUS DEM AUSLAND REKRUTIEREN

Die COVID-19-Pandemie hat sicherlich dazu geführt, dass aktuell der

Fachkräftebedarf weniger akut ist. Dies dürfte sich aber bald wieder ändern. Um qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen, plant immerhin knapp jeder zweite Betrieb die gezielte Akquise von Beschäftigten aus dem Ausland. Seit März 2020 ermöglicht das Fachkräfteeinwanderungsgesetz Unternehmen eine vereinfachte Einstellung insbesondere von beruflich qualifizierten Fachkräften aus Ländern außerhalb der Europäischen Union. Die Rekrutierung von Beschäftigten aus dem Ausland ist bislang jedoch vor allem eine Option für Großunternehmen, die über eine eigene Personalabteilung und über ausreichende Ressourcen bei der Bewältigung der Bürokratie verfügen.

Die Publikation zum Download: www.dihk.de

Suchwort: „Innovationsreport 2020“

Autor

Dr. Rainer Behrend

Behrend-Institut Frankfurt am Main

INDUSTRIESTANDORT HESSEN

STRUKTURELLE PROBLEME ANGEHEN
UND DEN INDUSTRIESTANDORT STÄRKEN

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland und in Hessen ist 2020 so stark wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eingebrochen. Wie lange die COVID-19-Pandemie die Wirtschaft weltweit noch belastet, ist derzeit vollkommen ungewiss. Besonders wichtig ist es daher gerade jetzt, dass die Standortbedingungen für Unternehmen günstig sind und Wachstum, Innovationen und damit auch Beschäftigung gestärkt werden. Die IHK-Organisation führt seit 2008 alle drei Jahre eine Unternehmensumfrage im Netzwerk Industrie zur Bewertung der Standortbedingungen mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich durch. Diese Umfrage wurde am 23. März 2020 abgeschlossen. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage für das Land Hessen kurz beschrieben.

GRÖSSTES HEMMNIS: FÜLLE UND VERSTÄNDLICHKEIT
VON BÜROKRATISCHEN AUFLAGEN

Unternehmen des Netzwerks Industrie sind mit den Standortbedingungen in weiten Teilen unzufrieden, insbesondere im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Nur vier der bewerteten 24 Standortkriterien erreichten einen Notendurchschnitt besser als 3,0. Diese sind: Energieversorgungssicherheit, Verfügbarkeit von Zulieferern und Dienstleistern vor Ort, Verfügbarkeit von Rohstoffen und Rechtssicherheit. Schlusslicht bei den Standortfaktoren bildet einmal mehr die Fülle und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen mit einem Notendurchschnitt von 4,8. Vor allem Unternehmen der Branchen Fahrzeugbau, Chemie und Pharma, Elektrotechnik sowie das Papier- und Druckgewerbe bewerten die bürokratischen Lasten besonders negativ. Die deutsche Bürokratie kann dabei ganze Branchen ausbremsen, wie sich am Beispiel des Baus von Windkraftanlagen, die für den ökologischen Umbau unverzichtbar sind, sehr gut aufzeigen lässt. Naturschutzauflagen, Artenschutzvorschriften, Mindestabstandsregeln, die geeignete Bauflächen rar machen, und unpraktikable Förderbedingungen führen zu mehrjährigen Genehmigungsverfahren für eine Windkraftanlage. Bereits 2018 war ein starker Leistungsrückgang bei Windrädern zu verzeichnen. 2019 ging dieser bundesweit nochmals um rund die Hälfte zurück. Dieses Beispiel ist übertragbar auch auf andere Branchen. Schließlich werden die Dauer und Komplexität der Planungs- und Genehmigungsverfahren von allen Unternehmen des Netzwerks Industrie im Durchschnitt als mangelhaft (Note: 4,6) angesehen. Auch die Effizienz des Behördenhandelns wird negativ bewertet (Note: 4,4). Bislang – wie die aktuellen Erfahrungen in der Pandemie gezeigt haben – ist vor allem der Digitalisierungsgrad in der öffentlichen Verwaltung viel zu gering.

ZU HOHE KOMPLEXITÄT DES STEUERRECHTS UND
ZU HOHE STEUER- UND ABGABENBELASTUNG

Besonders negativ wird auch das deutsche Steuersystem bewertet, das bekanntlich das komplexeste und komplizierteste weltweit ist (Note 4,6). Trotz einiger Verbesserungen durch das Dritte Bürokratieentlastungsgesetz 2019 müssen die Unternehmen einen immer größeren Aufwand betreiben, um ihren steuerlichen Pflichten nachzukommen. Zahlreiche Sondervorschriften und zum Teil sehr kurzfristige Steuerrechtsänderungen führen zu Rechtsunsicherheiten und zu vermeidbaren Kosten bei der Befolgung der Gesetze. Zudem steigen die Anforderungen an die Dokumentation von Unternehmensprozessen für steuerliche Zwecke kontinuierlich. Auch der Standortfaktor „Höhe der Steuern und Abgaben“ erhält von den Unternehmen die Note 4,5.

HOHE ENERGIEKOSTEN BELASTEN

Die Bewertung der meisten Standortfaktoren hat sich gegenüber der letzten Umfrage 2017 verschlechtert; so auch die Bewertung der Energiekosten. Mit einem Notendurchschnitt von 4,6 gehört sie zu den besonders negativ bewerteten Faktoren. Die Energiekosten stellen inzwischen ein strukturelles, langfristiges Risiko für die Geschäftsentwicklung dar. Zwar sind die Preise für Kohle, Erdöl und Erdgas seit 2017 nahezu konstant geblieben und durch die COVID-19-Pandemie zwischenzeitlich sogar deutlich gesunken; vor allem aber die stetig steigenden Stromkosten belasten. Trotz der Deckelung der EEG-Umlage im aktuellen Konjunkturpaket sind weitere Steigerungen beim Strompreis bereits absehbar. Für einzelne Betriebe könnte die Stromrechnung in diesem Jahr um bis zu zehn Prozent höher ausfallen.

WIE BEWERTEN SIE MIT BLICK AUF DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES INDUSTRIESTANDORTS IM INTERNATIONALEN VERGLEICH | 1 = KLARER WETTBEWERBSVORTEIL, 6 = NICHT WETTBEWERBSFÄHIG



Quelle: DIHK; Berechnungen: Behrend-Institut

SORGE UM ENERGIEVERSORGUNGSSICHERHEIT WÄCHST

Die Energieversorgungssicherheit ist mit der Note 2,6 der am besten bewertete Standortfaktor. Allerdings hat sich die Einschätzung der Unternehmen gegenüber 2017 deutlich verschlechtert. Ein rascher Netzausbau ist von entscheidender Bedeutung, um auch zukünftig die Versorgung mit Strom sicherzustellen – schließlich werden neben der Abschaltung der letzten Kernkraftwerke 2022 auch viele Kohlekraftwerke stillgelegt werden. Gleichzeitig stockt der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht nur aufgrund langer Planungs- und Genehmigungsverfahren, sondern auch aufgrund von Widerständen in der Bevölkerung. In der Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten (Note: 4,3) sowie zu neuen Technologien (Note: 3,6) sehen die Unternehmen zunehmend ein Problem.

DIGITALE INFRASTRUKTUR UND FACHKRÄFTEMANGEL BLEIBEN HERAUSFORDERUNG

Zur Förderung von Innovationen und Wirtschaftswachstum bedarf es

dringend des Abbaus der Bürokratie, einer effizienteren Verwaltung, der Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, eines international wettbewerbsfähigen Steuerrechts sowie stabiler Energiekosten und einer hohen Energieversorgungssicherheit. Dazu gehört aber nach wie vor auch der rasche Ausbau der digitalen Infrastruktur (Note: 3,7) und ein Einwanderungsgesetz, das noch besser den Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt gerecht wird (Note Verfügbarkeit von Fachkräften: 3,8).

Die Publikation zum Download: www.dihk.de

Suchwort: „Industrienumfrage 2020“

Autor

Dr. Rainer Behrend

Behrend-Institut Frankfurt am Main

VORSCHAU

VERANSTALTUNGEN

MIT DEM RICHTIGEN CONTENT IN DAS HERZ IHRER KUNDEN

Content mag King sein, aber wie setzt man Inhalte überzeugend ein? Unsere Experten zeigen Ihnen, wie Sie durch den Einsatz psychologischer Tricks das Herz Ihrer Kunden erreichen und warum Podcast-Marketing eine Chance bietet, neue Kundengruppen zu erschließen.

9. September 2020 | 15.00 bis 16.30 Uhr

Anmeldung: www.bieg-hessen.de/veranstaltungen

ZERTIFIKATSLEHRGANG INNOVATIONSMANAGER (IHK)

Not macht erfinderisch! Wie wahr – denn Krisen verlangen nach kreativen Wegen, alte und neue Probleme zu lösen und die Aktivitäten an die neue Situation anzupassen. Deshalb kommen innovative Unternehmen auch deutlich besser durch Krisenzeiten als andere. Wenn auch Sie die Innovationskraft in Ihrem Unternehmen sichern möchten, dann ist der Zertifikatslehrgang Innovationsmanager (IHK) das Richtige für Sie.

Start: 23. Oktober 2020

Kontakt: Dr. Thomas Niemann, IHK Hessen innovativ, Telefon 069 2197-1562,

E-Mail t.niemann@frankfurt-main.ihk.de | www.ihkfra.de/innovationsmanager

START-UPS MEET CORPORATES – DIGITAL

Digitale Innovationen für eine effizientere Produktion: Digitalisierung an den richtigen Stellen erhöht die Effizienz und Effektivität in der industriellen Produktion. Für viele Unternehmen ist die digitale Transformation jedoch eine große Herausforderung. Start-ups können hier zu Lösungen beitragen. Im Rahmen des digitalen Matchmaking-Events Start-ups meet Corporates lernen Sie die richtigen Startups für Ihre digitalen Herausforderungen kennen. Impulsvorträge, digitale Pitches und themenspezifische Breakout-Sessions führen gezielt von den Herausforderungen der Industrie zum digitalen Lösungsansatz durch Start-ups.

27. Oktober 2020

Kontakt: Dr. Thomas Niemann, IHK Hessen innovativ, Telefon 069 2197-1562,

E-Mail t.niemann@frankfurt-main.ihk.de | www.startups-meet-corporates.de

INTERNET-TRENDS – DAS ERWARTET UNS 2021!

Werfen Sie mit uns einen Blick in die Glaskugel: Wie verändert Corona unsere digitale Welt und welche Themen werden 2021 auch für kleine und mittlere Unternehmen besonders wichtig?

4. November 2020 15.00 bis 16.30 Uhr

Anmeldung: www.bieg-hessen.de/veranstaltungen

Weitere Informationen und Anmeldung zu den Veranstaltungen online unter www.frankfurt-main.ihk.de/veranstaltungen

GESCHÄFTSFELD INNOVATION UND UMWELT INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER FRANKFURT AM MAIN

ANSPRECHPARTNER

Das Geschäftsfeld Innovation und Umwelt ist innerhalb der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main zentraler Ansprechpartner für alle Themen rund um den Industriestandort Frankfurt am Main, die Innovationsberatung sowie die Themen Umwelt, Energie und Rohstoffe. Als Partner der Industrie vermitteln wir zwischen Verwaltung, Politik und Unternehmen. Ziel ist es, die Wahrnehmung der Industrie als Wachstumsmotor der Region zu fördern. Im Industrieausschuss, der sich aus rund 50 Unternehmensvertretern der Region zusammensetzt, bringen wir die Entscheider aus Industrie und Politik zusammen und arbeiten gemeinsam an besseren Rahmenbedingungen für einen starken Industriestandort.

Unser vielfältiges Angebot an Veranstaltungen und Publikationen finden Sie unter www.frankfurt-main.ihk.de/industrie_innovation_umwelt/



Detlev Osterloh
Geschäftsführer
Telefon 069 2197-1219
E-Mail d.osterloh@frankfurt-main.ihk.de



Dr. Thomas Steigleder
Stellvertretender Leiter
Telefon 069 2197-1293
E-Mail t.steigleder@frankfurt-main.ihk.de



Anna-Sophie Leibbrand
Referentin
Telefon 069 2197-1477
E-Mail: a.leibbrand@frankfurt-main.ihk.de



Luise Riedel
Referentin
Telefon 069 2197-1480
E-Mail l.riedel@frankfurt-main.ihk.de



Joris Smolders
Referent
Telefon 069 2197-1419
E-Mail j.smolders@frankfurt-main.ihk.de

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Industrie- und Handelskammer
Frankfurt am Main
Börsenplatz 4
60313 Frankfurt am Main

VERANTWORTLICH FÜR DEN INHALT

Detlev Osterloh
Geschäftsführer Innovation und Umwelt
Telefon 069 2197-1219
E-Mail d.osterloh@frankfurt-main.ihk.de

REDAKTION

Dr. Thomas Steigleder
Joris Smolders
Peter Bodensohn
IHK Frankfurt am Main

Dr. Rainer Behrend
Behrend-Institut / Wirtschaftsforschung,
Stadt- und Regionalentwicklung, Frankfurt am Main

GRAFIK UND LAYOUT

Varia Design Illustration, Münster-Altheim

DRUCK

Druckerei Lokay e. K., Reinheim



BILDNACHWEIS

Adobe Stock: VTT Studio Titel, Feydzhet Shabanov S. 3, 7
siraanamwong S. 9, maxsattana S. 11, Alex_Traksel S. 12,
spainter_vfx S. 13, shutter81 S. 14, ipopba S. 15, industrieblick S. 16,
Gerhard Seybert S. 17, Valerie Potapova S. 18, nordroden S. 19,
bluedesign S. 20/21, gertect S. 22/23, mozZz S. 25
Rawf8 S. 26/27, baibaz S. 28, fizkes S. 29, Tierney S. 32
auremar S. 34
Staatskanzlei Land Hessen S. 3, 4
VCI Hessen/Arne Landwehr S. 21 (Porträt)
VDMA S. 22 (Porträt)
Christoph Assmann S. 23 (Porträt)
Roland Horn S. 24 (Porträt)
Stefanie Kaulich S. 5, 30 (Porträt)
Michael Kleinespel S. 38

DATENQUELLEN

Nicht ausdrücklich im Text genannte Quellen:
BVE – Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie
VCI – Verband der Chemischen Industrie
VDA – Verband der Automobilindustrie
VDE – Verband der Elektrotechnik, Elektronik, Informationstechnik
VDMA – Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau
VfA – Verband forschender Pharmaunternehmen
ZVEI – Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe gestattet, Belegexemplar erbeten.

IHK Frankfurt am Main, August 2020

Hinweise: Die Konjunkturanalyse basiert auf einer Umfrage der hessischen IHKs im April und Mai 2020, an der sich über 320 Industrieunternehmen beteiligten. An der Konjunkturumfrage im Frühsommer haben aufgrund der Corona-Pandemie die IHKs Fulda, Gießen-Friedberg, Kassel und Lahn-Dill nicht teilgenommen, weshalb die Summe der Unternehmensantworten geringer als bei vorherigen Umfragen ist. Dennoch ist die Umfrage für Hessen repräsentativ.

Die Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten Monaten (Pfeildiagramme) wurden auf der Grundlage eines gewichteten arithmetischen Mittelwertes der absoluten Indikator-Werte getroffen, die sich aus den IHK-Konjunkturumfragen zu Jahresbeginn und im Frühsommer 2020 ergeben haben. Die Indikatoren ergeben sich aus dem Saldo der relativen Anteile der nach Betriebsgröße gewichteten positiven und negativen Antworten der befragten Unternehmen. Die Indikator-Werte können zwischen minus 100 und plus 100 Punkten liegen. Ein positiver Indikator-Wert bedeutet, dass der Anteil der positiven Antworten größer ist als der Anteil der negativen. Bei einem Wert kleiner Null überwiegt der prozentuale Anteil der negativen Antworten. Ein Indikator-Wert von Null zeigt an, dass gleich viele positive wie negative Antworten abgegeben wurden.



www.frankfurt-main.ihk.de

**Industrie- und Handelskammer
Frankfurt am Main**

Börsenplatz 4
60313 Frankfurt am Main

IHK-Service-Center

Schillerstraße 11
60313 Frankfurt am Main
Telefon +49 69 2197 1280
Fax +49 69 2197 1548
info@frankfurt-main.ihk.de

**IHK-Geschäftsstelle
Hochtaunus | Main-Taunus**

Ludwigstraße 10
61348 Bad Homburg
Telefon +49 6172 1210-0
Fax +49 6172 22612
homburg@frankfurt-main.ihk.de